



Geschäftsbericht 2006

Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz
Mainz

Geschäftsbericht 2006

Vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung
am 13. Juni 2007 in Mainz



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Die nächste Sturmflut kommt bestimmt | 3 |
| Aus der Arbeit der Landesvereinigung | 4 |
| Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2006 | 10 |
| Aus der Arbeit der Rechtsabteilung | 14 |
| Blickpunkt Öffentlichkeit | 17 |
| Schule und Wirtschaft | 20 |
| Unsere Landesvereinigung Vorstand, Geschäftsführung und Mitglieder | 24 |

Die nächste Sturmflut kommt bestimmt

Als im Frühjahr 1998, kurz nachdem Gerhard Schröder seine Kandidatur gegen Helmut Kohl bekannt gegeben hatte, die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland abnahm, ließ er verkünden, dass dies bereits sein Aufschwung sei. Ähnliches versuchten seine Mannen, als sich unter der noch jungen Ägide von Angela Merkel ein erneuter spürbarer Rückgang der Arbeitslosen abzeichnete: „Nun greifen endlich die Schröder’schen Reformen“, hieß es damals. Gleichzeitig hofft die Kanzlerin seitdem, dass auch ein wenig des Glanzes der aktuellen Entwicklung am Arbeitsmarkt auf sie fallen möge. Der Ansatz ist so alt wie die Demokratie selbst: Gute Wirtschaftsdaten gehen auf das Regierungshandeln zurück – schlechte Werte jedoch sind der Weltwirtschaft geschuldet. Wenn es denn so einfach wäre...

Denn so, wie wir es heute als ungerecht empfinden, den Überbringer schlechter Nachrichten wegen dieser zur Rechenschaft zu ziehen, wäre es genauso falsch, der Bundesregierung in ihrer Funktion als Überbringerin positiver Wirtschaftsdaten anerkennend auch deren Urheberschaft zuzusprechen. Schließlich ist der wesentliche Beitrag für die sich bessernde Wirtschaftslage von den Unternehmen selbst geleistet worden, die gemeinsam mit ihren Mitarbeitern teilweise unter großen Entbehrungen und aufwändigen Restrukturierungen die nötige Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt haben. Die Politik jedoch lehnt sich selbstzufrieden zurück, feiert den Rückgang der Arbeitslosenzahlen unter vier Millionen und vergisst dabei, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter wetterfest zu machen. Weitere nötige Reformen werden auf die lange Bank geschoben, weil die große Koalition keine Chance zur Einigung mehr sieht. So etwa beim Kündigungsschutz: Auf das Thema angesprochen, klappen die Kabinettsmitglieder

den Kragen hoch, vergraben ihre Hände tief in den Manteltaschen und suchen möglichst unauffällig pfeifend das Weite. Bei anderen Themen wurde im Vorfeld viel mehr versprochen, als hinterher gehalten werden konnte: Die Gesundheitsreform krankt an dem Anspruch, einen Kreis quadrieren zu wollen. Was nicht geht, geht nicht.

Was zu Beginn der Regierung Merkel als Stärke der Großen Koalition gepriesen wurde – ihre vermeintliche Durchsetzungsfähigkeit – ist in Wahrheit ihre große Schwäche. Statt in einer Art konzertierten Aktion die notwendigen Reformen durchzuziehen, verliert sich die Große Koalition mit Blick auf die nächsten Wahlkämpfe in dem Versuch, die jeweiligen Parteienprofile zu schärfen. Mit ihrer breiten parlamentarischen Mehrheit in beiden Kammern hat diese Regierung bemerkenswert wenig auf die Beine gestellt. Und nicht nur die Küstenbewohner wissen, dass sich dies bitter rächen kann. Denn wer in der Schönwetter-Periode seine Deiche nicht in Schuss bringt, der muss dies bei Sturm und Regen versuchen. Dass hierbei mehr Anstrengungen aufzuwenden sind und der Erfolg offen ist, leuchtet wohl jedem ein. Dasselbe gilt für die deutsche Wirtschaft.

Doch nicht wenige Politiker erwecken gar den Anschein, als wollten sie bei gutem Wetter auch noch ein Stück der Deiche abtragen, frei nach dem Motto: „Die brauchen wir ja nicht mehr!“. Und so schlagen sie vor, die bitter nötige Unternehmenssteuerreform wieder rückgängig zu machen und die dort eingeplanten Entlastungen von fünf Milliarden Euro für die Unternehmen anderweitig zu verwenden – weil es der Wirtschaft doch so gut gehe. Um das deutlich zu sagen: Wir sprechen für das vergangene Jahr von einem Plus beim Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 2,7 Prozent. Das ist ein ordentlicher Wert, keine Frage, aber längst noch kein Grund für überbordende

Euphorie. Und solche Werte und Entwicklungen können schnell wieder einknicken, wenn man weiterhin nicht nur auf notwendige Korrekturen im System verzichtet, sondern darüber hinaus auch noch immer wieder neue Hemmnisse aufbaut, oder um im Bild zu bleiben: die Deichkrone noch einen halben Meter tiefer setzt. So, wie bei der Diskussion um Mindestlöhne, denn ihre beschäftigungsfeindliche Wirkung liegt auf der Hand.

Auch aus rheinland-pfälzischer Sicht übernimmt die Wirtschaft in einigen Bereichen Schrittmacherfunktion, ohne dass die Landesregierung im Gegenzug ihrerseits Schritt hält. So zeigt etwa die Studie „Fit für die Zukunft“ der Hypovereinsbank, dass Rheinland-Pfalz bei den öffentlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F&E) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf dem vorletzten und in Relation zu den Beschäftigten auf dem letzten Platz aller Bundesländer liegt. Blickt man hier allerdings auf die F&E-Bemühungen der Wirtschaft selbst, so liegt Rheinland-Pfalz auf Platz acht bzw. neun.

Die Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz beobachtet diese Entwicklungen mit Sorge. Der Appell geht an die Landesregierung, ihren auch durch die neue Position des Ministerpräsidenten als Bundesvorsitzenden der SPD stärker gewordenen Einfluss auf Bundesebene dahingehend einzubringen, dass zumindest die letzten Monate der Großen Koalition für den notwendigen „großen Wurf“ genutzt werden. Denn die nächste Sturmflut kommt bestimmt.



Dr. Gerhard F. Braun
Präsident Landesvereinigung
Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz

Aus der Arbeit der Landesvereinigung

*Sich seiner Vergangenheit bewusst zu
sein, heißt Zukunft haben.
(Hans Lohberger)*



Der LVU-Unternehmertag erfreut sich jedes Jahr konstant hoher Beliebtheit.

Foto: Benz

Die wirtschaftliche Betrachtung des Jahres 2006 beginnt mit einer guten Nachricht: Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Wirtschaftswachstum 2006 um mehr als das Dreifache auf 2,7 Prozent. Doch eine hohe Steigerung von niedrigem Niveau ist nicht immer besser, als eine niedrige Steigerung auf hohem Niveau. Das Wachstum wird getragen von guten Exportzahlen und einer anziehenden Weltwirtschaft. Die notwendigen Anpas-

sungsprozesse haben die Unternehmer in den vergangenen Monaten – teilweise schmerzlich – alleine leisten müssen. Staatlicherseits jedoch lassen die entsprechenden Reformen auf sich warten. Die Bereitschaft, ebenfalls schmerzliche aber gleichsam notwendige Einschnitte in lieb-gewonnene Besitzstände vorzunehmen, schwindet bei der Politik in dem Maße, wie sich die Wirtschaft am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zieht. Diese Einstellung

kann und wird sich jedoch spätestens dann rächen, wenn die Weltwirtschaft als Zugpferd wegbricht.

Die LVU bewies sich auf dem Unternehmertag 2006 als Vertreterin von Kontinuität und verlässlichen Positionen. Dazu gehörte zunächst einmal die einmütige Wiederwahl unseres Präsidenten Dr. Gerard F. Braun in der Mitgliederversammlung. Dieser kritisierte anschließend im öf-

fentlichen Teil, der mit rund 250 Teilnehmern und Gästen wieder sehr gut besucht war, namens der LVU das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) als „überflüssig“. Diesen „alten Wein“ hatten wir bereits in den Vorjahren beanstandet – damals noch im „alten Schlauch“ mit dem rot-grünen Arbeitstitel Anti-Diskriminierungsgesetz. So musste der LVU-Präsident dem Ministerpräsidenten vorhalten, dass er selbst den Unternehmerverbänden zugesagt hatte, „die EU-Richtlinie genau eins zu eins umzusetzen“, nun aber zugunsten der Großen Koalition umgefallen ist und die CDU/CSU auch noch mitgezogen hat. Dabei ist und war dieses Bürokratie-Gesetz überflüssig. Die rheinland-pfälzischen Unternehmen hatten seit Jahrzehnten längst verinnerlicht, dass sie nur gemeinsam mit ihren Mitarbeitern erfolgreich sein können. Das deutsche Arbeitsrecht hat überdies bereits ohne das AGG ein hohes Schutzniveau. Der nun doch von der großen Koalition durchgewinkte rot-grüne Gesetzestext verursacht neue Bürokratie und produziert jede Menge an Rechtsunsicherheiten. Er geht weit über die notwendige Umsetzung des europäischen Rechtes hinaus und darauf haben wir auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit hingewiesen. So nutzte der LVU-Hauptgeschäftsführer seine Rede aus Anlass der Verabschiedung des LAG-Präsidenten Prof. Dr. Klaus Schmidt und der Einführung seines Nachfolgers Dr. Norbert Schwab, indem dieser dem Justizminister Dr. Heinz-Georg Bamberger widersprach, der zuvor das AGG gar als notwendiges Gesetz bezeichnet hatte. Die Anwesenden, durchweg versierte Arbeitsrechtler, stimmten dem LVU-Hauptgeschäftsführer wohlgefällig zu, dass das AGG ein überflüssiges Mehr an Bürokratie ohne Substanz sei. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft werde weiterhin Diskriminierungen ächten und möge deshalb das AGG in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Dies wurde auch in der außerordentlich gut besuchten Vortragsveranstaltung deutlich, auf der wir bereits einen Monat vor Inkrafttreten des AGG mit Hilfe von namhaften Referenten auf die abzusehenden Folgen des Gesetzes aufmerksam machten. In zahlreichen Beratungen und Gesprächen haben wir die Unternehmen auf die bevorstehenden Herausforderungen vorbereitet. Zum Glück sind bislang noch keine Prozesse ausdrücklich aufgrund des AGG geführt worden.

Nicht einverstanden zeigte sich die LVU außerdem mit den Entwicklungen bei der Gesundheitsreform. Die Forderung nach einer Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wiederholten wir daher erneut. Eine Neuregelung muss immer das Ziel verfolgen, das Gesundheitswesen langfristig zu finanzieren. Die Lösung, auf die sich die Große Koalition geeinigt hat, kann auch mit Blick auf den notwendigen Kompromiss nur als völlig unzureichend und nicht hilfreich bezeichnet werden. Darüber kann auch der vergleichsweise klangvolle Titel „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung“ nicht hinwegtäuschen. Denn die akuten Probleme werden in Wahrheit auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl, nämlich auf 2009, verschoben. Einen Wettbewerb auf der Leistungsebene gibt es in dem Sinne nicht. So steht etwa die AOK Rheinland-Pfalz vor der Herausforderung der Anpassung ihrer finanziellen Lage an die neuen Rahmenbedingungen. Zwangsläufig wurden deshalb eine Vielzahl von Austritten provoziert.

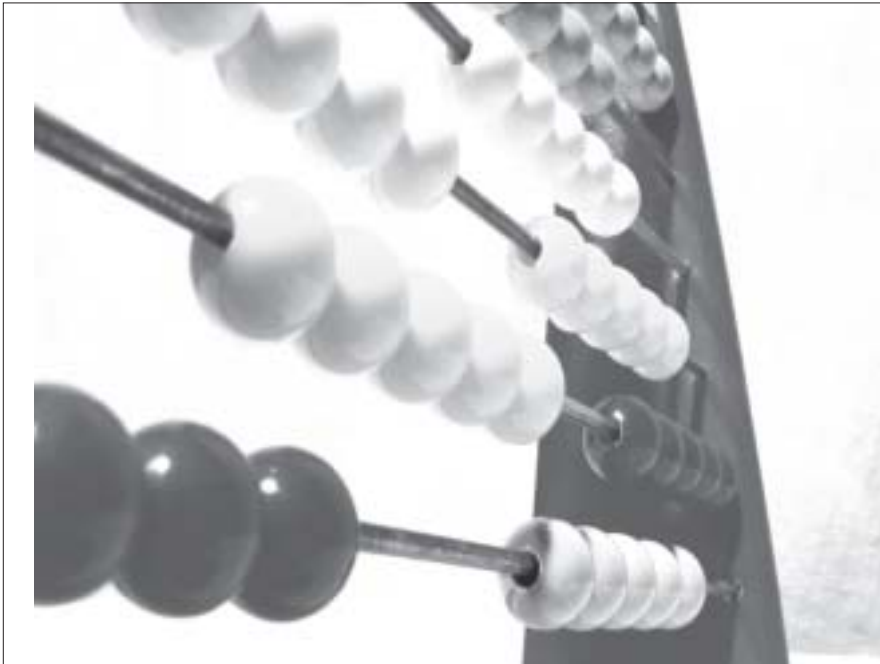
Nicht vorwärts ging es im Berichtszeitraum ebenfalls mit der Novellierung des Kündigungsschutzes, geschweige denn mit einer grundlegenden Reform des überregulierten Arbeitsrechts. Die Bundesregierung war noch mit dem Ziel gestartet, das Kündigungsschutzrecht weiterzuentwickeln, damit es mehr Beschäftigung ermöglicht und



Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck regiert mit absoluter Mehrheit und führt seit dem vergangenen Jahr auch die Bundes-SPD. Wird Rheinland-Pfalz nun ein „Muster“ für eine SPD „pur“ unter Kurt Beck? Foto: Benz

somit gleichzeitig die Schutzfunktion für bestehende Arbeitsverhältnisse nachhaltig sichern – und dies sollte mehr Transparenz und Rechtssicherheit schaffen. Heute ist von dieser Baustelle im Regierungshandeln keine Rede mehr. Eine Entlastung der Arbeitgeber beim Kündigungsschutz ist jedoch aus Sicht der LVU erforderlich, um dem Beschäftigungsaufbau eine dauerhafte, sich selbst tragende Dynamik zu beschreiben. Denn immer noch sind die deutschen Kündigungsschutzregelungen zu unübersichtlich und zu restriktiv.

Ein weiterer Punkt, den wir aufmerksam verfolgen, ist die Diskussion um Mindestlöhne. Die Höhe der Entlohnung darf auf keinen Fall das übersteigen, was durch Arbeit erwirtschaftet wird. Es ist allein Aufgabe der Tarifvertrags- oder Arbeitsvertragsparteien und nicht des Staates, das marktgerechte Entgelt zu bestimmen. Ein externer Eingriff in diesen Preisbildungsprozess wird immer Arbeitsplätze vernichten, denn nur rentable Arbeitsplätze sind letztendlich auch sichere Arbeitsplätze. Da



Ein Abakus reicht schon lange nicht mehr aus, wenn man sich in der komplizierten und reformbedürftigen deutschen Steuergesetzgebung zurecht finden will. Foto: aboutpixel.de

bei ist es egal, ob man sich in der politischen Diskussion dem Konstrukt Mindestlohn als untere Lohngrenze sozusagen von oben nähert, oder ob man mit dem Begriff „Sittenwidrigkeit“ die Definition von unten her vornimmt, wie es die Union nun offensichtlich als Kompromisslinie ins Spiel bringt. Fakt ist: Mindestlöhne gefährden Jobs gerade im niedrigqualifizierten Bereich. Aber Fakt ist auch: Der Ansatz einer staatlichen Lohnfindung ist die Folge der zunehmenden Tariffucht. Die Unternehmer schwächen ihr System selber, wenn sie ihre Tarifverbände verlassen (müssen). So geben die Unternehmen durch aktive Tariffucht selbst dem Staat ein Argument für den regulierenden Eingriff von Mindestlöhnen an die Hand. Darauf haben wir im Berichtszeitraum wiederholt hingewiesen, denn aus unserer Sicht gibt es mit dem ALG-II bereits ein funktionierendes Mindestlohn-Modell, das sogar bereits Elementen

eines Kombilohnes durch die Möglichkeit der Aufstockung in sich trägt. Entscheidend ist, dass die Tarifverträge so praxisnah werden müssen, dass der Ausweg in die OT-Mitgliedschaft überflüssig wird. Gerade beim komplizierten und reformbedürftigen deutschen Steuerrecht sehen wir Nachbesserungsbedarf und mahnten diesen immer wieder an. So rechnete LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun wiederholt vor, dass vor allem der Mittelstand aktuell „in die Steuer-Zange genommen“ wird. Die Unternehmenssteuerreform, die den Gesamtsteuersatz von Kapitalgesellschaften von gut 38 Prozent auf unter 30 Prozent absenkt, ist aus Unternehmenssicht unzureichend, denn die avisierte nominale Steuerentlastung führt eben nicht zu einer effektiven Entlastung der Unternehmen, wenn an anderer Stelle die Bemessungsgrundlage verbreitert wird. Tatsächlich wird für viele Unternehmen die Steuerbelastung nur un-

zureichend auf 32 bis 34 Prozent sinken. In Investitionsphasen steigt diese Belastung sogar.

Ebenfalls keine befriedigende Lösung zeichnet sich aus LVU-Sicht bei der Erbschaftssteuer ab. Während wir den Ansatz der zehnjährigen Abschmelzung der fälligen Erbschaftssteuer bei Betriebsfortführung begrüßen, werden durch den Gesetzentwurf Erbengemeinschaften mit mehr als drei erbberechtigten Familienstämmen benachteiligt. Eine solche Konstellation ist aber gerade bei familiengeführten mittelständischen Betrieben keine exotische Seltenheit. Noch mehr schneidet der Katalog der nicht privilegierten Vermögen, Rücklagen und Zinsen den mittelständischen Betrieben im Erbfall ins gesunde Fleisch. Hier gilt es unbedingt nachzusteuern. Auch dies machte die LVU im Berichtsjahr immer wieder deutlich, nicht zuletzt im direkten Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Beck und dem zuständigen Fachminister Prof. Dr. Ingolf Deubel.

Gegen Ende des Jahres 2006 kam – verstärkt durch entsprechende Beschlüsse auf dem CDU-Bundesparteitag – der Begriff des Investivlohns in die Diskussion. Wir wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Tarifpolitik hier ihre eigene innovative Antwort schon längst gefunden hat: Arbeitnehmer mit Konjunkturprämien am Unternehmenserfolg zu beteiligen, ist der modernere und für beide Seiten risikolose Weg der Mitarbeiterbeteiligung. In Rheinland-Pfalz entwickelte das zuständige Wirtschaftsministerium im Februar 2007 das Programm „Mitarbeiterbeteiligung RLPplus“. Das Modell kann eine Hilfe sein, um die chronische Kapitalgewinnungsnot des Mittelstandes zu lindern. Offene Fragen, wie etwa die Gefahr der Wettbewerbsverzerrung durch Missbrauch oder aber die effektive Verfügbarkeit dieser Summen bei den Mitarbeitern bleiben unbeantwortet. So

ist es jedenfalls eine privilegierte Geldanlage für Mitarbeiter: sowohl insolvenzgesichert als auch durch den staatlichen Zinszuschuss außergewöhnlich attraktiv.

Neben den fehlenden Reformen und Taten, ist es die fehlende Verlässlichkeit von Beschlüssen, die die Unternehmer zunehmend verunsichert. Eine klare Linie ist bei den Parteien nicht immer erkennbar, die Halbwegszeit von Beschlüssen scheinen manchmal enorm kurz. So drängte der NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers seine Partei auf dem CDU-Bundesparteitag dazu, eine Verlängerung der Bezugsdauer von ALG-I für diejenigen zu fordern, die lange Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Auf der Suche nach dem persönlichen sozialpolitischen Profil wird hier eine Gerechtigkeitsdebatte an einer Stelle geführt, wo sie systematisch überhaupt nicht hinpasst. Denn die Arbeitslosenversicherung unterliegt dem Solidarprinzip und nicht dem Versicherungsprinzip, womit eine Argumentation anhand der geleisteten Beiträge nicht passt. Doch die Stammtischparolen ziehen wohl mehr als nüchterne Kalkulation.

Die Wahl von Ministerpräsident Kurt Beck zum SPD-Bundesvorsitzenden hat auch die Palette der ansprechbaren Themen im gemeinsamen Austausch vergrößert. Seine Wahl an die Spitze der SPD geht zeitlich in etwa mit dem Erringen der absoluten Mehrheit in Rheinland-Pfalz einher. Seither wird in der öffentlichen Wahrnehmung die Politik Becks in Rheinland-Pfalz immer wieder als „Muster“ für die Positionen und Leistungsfähigkeiten einer SPD „pur“ unter Kurt Beck dargestellt. Sozialdemokratische „Kernforderungen“, wie die Mitarbeiterbeteiligung oder das Tarifreuegesetz werden modellhaft in Rheinland-Pfalz übernommen bzw. neu entwickelt. Es entsteht der Eindruck, als müsse der Bundesvorsitzende das, was die SPD als zentrale Positionen auf Bundesebene beschließt, auch direkt

mit seiner absoluten Mehrheit in Landesregelungen umsetzen. Uns kommt somit die Aufgabe zu, uns indirekt auch mit den bundespolitischen Forderungen der SPD auseinander zu setzen und die unternehmerischen Positionen schon frühzeitig in diese Diskussionsprozesse mit einzubringen. Daher stehen wir in laufendem direktem Kontakt mit dem Ministerpräsidenten, den Ministern oder auch den zuständigen Ministerialbeamten. Die regelmäßigen Gespräche des LVU-Vorstandes mit dem Landeskabinett sind dabei „nur“ Höhepunkt nach der Kärnerarbeit im Tagesgeschäft.

Ausbildung ist für die Mitgliedsbetriebe ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Es ist daher nur konsequent, dass die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ihre Zusage zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze für das Jahr 2006 um das Viereinhalbfache übertroffen hat: „Es gibt keine bessere Investition, als die in Köpfe“, hat Dr. Braun in diesem Zusammenhang wiederholt festgestellt. 5.300 zusätzliche Ausbildungsplätze sind rund

4.000 mehr als versprochen. Dennoch sind trotz aller Qualifikationsbemühungen in Rheinland-Pfalz immer noch 1.310 Bewerber bei den Arbeitsagenturen als Suchend gemeldet. Das Problem der sogenannten „Alt-Bewerber“, die erst beim zweiten oder dritten Anlauf einen Ausbildungsplatz finden, ist auch in Rheinland-Pfalz nicht zu unterschätzen. Darum ist die Maßgabe „Ausbildung vor Übernahme“ auch in diesem Zusammenhang richtig und wichtig. Darauf weisen der LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun und Hauptgeschäftsführer RA Werner Simon regelmäßig bei den Treffen des so genannten „Ovalen Tisches“ des Ministerpräsidenten, der Fachminister, der Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit, der Gewerkschaften und der Spitzen der Wirtschaft immer wieder hin. Gleichzeitig beklagen wir als LVU die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger. Das Niveau der Schülerinnen und Schüler verschlechtert sich nachweislich kontinuierlich. Hier findet die Schule offensichtlich nicht die richtigen



„Es gibt keine bessere Investition, als die in Köpfe“, hat LVU-Präsident Dr. Braun wiederholt gesagt. Und die Wirtschaft handelt auch nach diesem Credo: Die Zusage für die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen wurde im vergangenen Jahr um das Viereinhalbfache übertroffen.

Foto: Fielstette



LVU-Präsident Dr. Gerhard Braun, Ministerpräsident Kurt Beck und LVU-Vizepräsident Ulrich Pitkamin (v.l.n.r.) pflegen einen kurzen (Gesprächs-) Draht. Foto: Benz

Antworten auf ein sich spürbar veränderndes gesellschaftliches Verhalten junger Menschen. Die neuen Herausforderungen und Möglichkeiten, die sich durch das in den vergangenen Jahren grundlegend veränderte Informationsverhalten ergeben haben, scheinen durch Pädagogik und Schule nicht hinreichend aufgegriffen worden zu sein. Dennoch sind Reaktionen notwendig, um gegenzusteuern und Jugendliche wieder in ihrer Sprache zu erreichen und zu motivieren. Diesem Thema hat sich auch die Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* angenommen. In den mittlerweile 32 Arbeitskreisen praktizieren sie vor Ort den intensiven Austausch zwischen Wirtschaft und Schule, der Grundlage für das gegenseitige Verständnis ist.

Es geht auf unsere Initiative zurück, dass die Gymnasien in Rheinland-Pfalz zukünftig verstärkt ökonomische Bildung in ihren Unterricht integrieren sollen. Die entsprechende Handreichung, die in Zusammenarbeit von Bildungs- und Wirtschaftsministerium erstellt worden ist, wurde im Oktober

2006 vorgestellt. Die Handreichung zeigt, dass Rheinland-Pfalz die ökonomische Grundbildung als Allgemeinbildung betrachtet, die in der Schule vermittelt werden muss. Hier wollen LVU und *SCHULEWIRTSCHAFT* durch das Angebot spezieller Lehrerfortbildungen bei der Umsetzung dieses Konzeptes mitwirken.

Ein Angleichen von Anforderungen der Wirtschaft an die Schulabgänger und den Lehrplänen ist aus unserer Sicht unabdingbar erforderlich. Wenn nur neun Prozent der Lehrer laut einer Umfrage die Berufsvorbereitung als vorrangiges Bildungsziel ansehen, so kann von einer Vorbereitung der Schule auf das Leben nicht mehr die Rede sein. Das aber ist die gesellschaftliche Aufgabe von Schule: Anwendbare Bildung anzubieten und ihren Teil zum Erhalt des größten Kapitals beizutragen, das die deutsche Gesellschaft zu bieten hat: Know how.

Kritik zu üben gilt es auch an der finanziellen Ausstattung der Hochschulen im Lan-

de. Hier muss die Frage im Vordergrund stehen, wie die Universitäten dauerhaft mit entsprechenden Mitteln versorgt werden können. Nach unserer Ansicht können es sich die Universitäten nicht dauerhaft leisten, auf die Einnahmen aus Studiengebühren zu verzichten. Das gilt nicht nur für die ausgesetzte Studiengebühr für Studierende, die nicht aus Rheinland-Pfalz kommen, sondern für alle Studierenden. Die Landesregierung muss hier alle Möglichkeiten nutzen. Der Wettbewerb um die besten Köpfe ist über den Geldbeutel nicht zu gewinnen. Die Motivation für ein Studium in Rheinland-Pfalz wird weitaus besser und dauerhaft durch eine angemessene Finanzausstattung der Universitäten des Landes verstärkt. Die Landesregierung muss sich auch endlich entscheiden. Es ist schlicht eine Posse zunächst eine Studiengebühr für Nicht-Landeskinder zu beschließen und zeitgleich dieses Gesetz auszusetzen.

Viele dieser Themen kamen noch einmal beim Parlamentarischen Abend der LVU im September 2006 in Berlin auf die Tagesordnung, zu dem die rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten eingeladen waren. Der Vortrag des Direktors des Instituts der deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Michael Hüther, fand vor zahlreichen MdBs statt und war Ausgangspunkt interessanter Diskussionen.

Auf ein bewährtes Konzept zurückgreifen konnten wir bei der Zusammenarbeit mit der rheinland-pfälzischen Justiz. Im Rahmen des Berufungsverfahrens von ehrenamtlichen Richtern für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit im Lande Rheinland-Pfalz sind wir für die Koordination der Auswahl der Kandidaten auf Seiten der Arbeitgeber verantwortlich. Darüber hinaus wurde auch im vergangenen Jahr wieder das erfolgreiche Programm der Betriebspraktika für neu einzustellende Berufsrichter der Arbeitsgerichtsbarkeit fortgeführt. Für ein halbes Jahr sammeln die Richter



Zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft kamen beim LVU-Abend zusammen, um im festlichem Ambiente des Mainzer Schlosses ungezwungene Gespräche, natürlich auch über wirtschaftspolitische Themen, zu führen.

Foto: Benz

nach ihrer Ernennung und noch vor ihrem ersten Gerichtsverfahren betriebliche Erfahrungen und lernen die unternehmerische Realität intensiv kennen. Die Auswahl der Betriebe erfolgt durch die LVU im Einvernehmen mit dem DGB und dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts. Die LVU übernimmt für die Zeit des Praktikums das Richtergehalt.

Als Ansprechpartner der Medien werden wir nach wie vor geschätzt und gesucht. Eine dreistellige Zahl an Interviews und Statements von LVU-Repräsentanten in den elektronischen Medien sowie regelmäßige Berichterstattung in den Print-Medien sind auch für den Berichtszeitraum Ausdruck unserer Reputation und Vertrauenswürdigkeit. Die unternehmerischen Belange anschaulich und kompetent an die Öffentlichkeit zu bringen, muss dabei weiterhin das Ziel unserer aktiven Öffentlichkeitsarbeit sein. Denn nur wenn es gelingt, in der Öffent-

lichkeit Verständnis für die Herausforderungen und Notwendigkeiten von wirtschaftlichem Handeln zu wecken, kann man auf ein Klima hoffen, in dem sich die notwendigen Veränderungen einvernehmlich vollziehen. In diesem Sinne ist die LVU-Öffentlichkeitsarbeit die viel gehörte Stimme der Unternehmer in Rheinland-Pfalz.

Mit Jürgen Fielstette geht der erste PR-Mann der LVU in den wohlverdienten Ruhestand. Der Geschäftsführer für Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecher der Landesvereinigung Unternehmerverbände hat die Außendarstellung des Verbandes 37 Jahre lang hinter den Kulissen entscheidend beeinflusst und geprägt. Insbesondere die Entwicklung des lokalen, privaten Hörfunks in Rheinland-Pfalz hat er von Beginn an begleitet. Die heutige Form der rheinland-pfälzischen Radiolandschaft geht mit auf das Engagement von Herrn Fielstette zurück. Für seine erfolgreiche und überaus

loyale Tätigkeit bei der LVU sind die Unternehmerverbände Herrn Fielstette zu herzlichem Dank verpflichtet.

Darüber hinaus sei allen haupt- und ehrenamtlichen Vertretern der LVU und der Mitgliedsverbände und allen Mitgliedern in unseren Gremien auf regionaler, Landes- und Bundesebene sehr herzlich für ihren Einsatz und ihre Arbeit gedankt. Nur gemeinsam können wir unsere Anliegen und Forderungen nachdrücklich und kompetent in die Diskussionen einbringen und vertreten. Daher dankt die Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz ausdrücklich allen Damen und Herren aus den Unternehmen und den Mitgliedsverbänden für das entgegengebrachte Vertrauen und die in der Mitgliedschaft deutlich werdende Unterstützung. Wir möchten diese bewährte und gute Arbeit auch im kommenden Jahr wieder gewinnbringend für die gemeinsame Sache fortsetzen.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2006*

*Die Vergangenheit soll ein Sprungbrett sein, nicht ein Sofa.
(Harald McMillan)*

Die Konjunktur hat sich in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr deutlich belebt. Nachdem die Wirtschaft im Jahre 2005 um 0,8 Prozent gewachsen war, ist einer ersten vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2006 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 2,7 Prozent gestiegen.

Damit lag das Wirtschaftswachstum knapp unter dem Bundesdurchschnitt und an vierter Stelle der westdeutschen Länder. Die deutsche Wirtschaft insgesamt ist um 2,5 Prozent gewachsen, wobei die Entwicklung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit plus 2,8 Prozent etwas besser verlief als in den alten Ländern (plus 2,5 Prozent, ebenfalls ohne Berlin). In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz bei plus 2,6 Prozent.

Der Wert der im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung betrug nominal 100,7 Milliarden Euro. Das entsprach einem Anteil von 4,4 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

* Grundlage für die folgenden Ausführungen sind vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz und vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Daten sowie eigene Berechnungen.

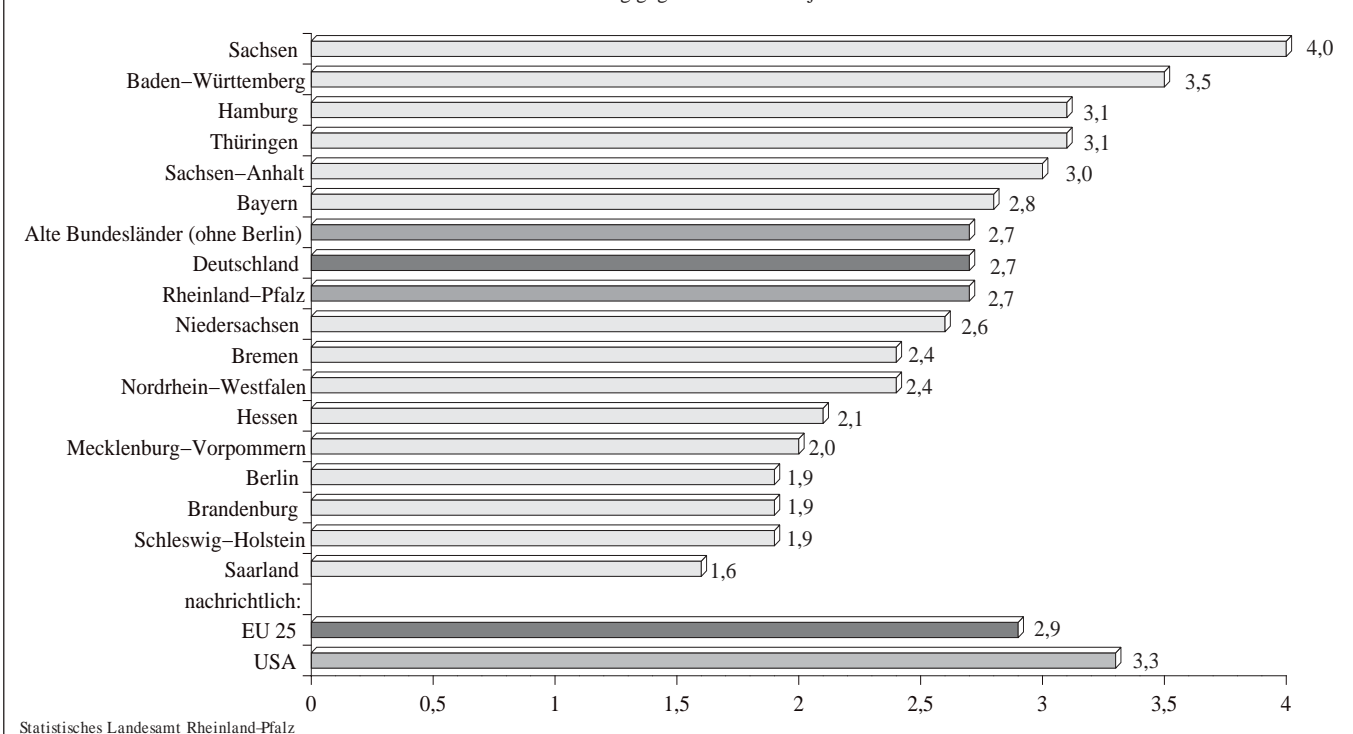


Die Chemie ist in Rheinland-Pfalz nach wie vor die umsatzstärkste Branche. Besonders positiv entwickelte sich 2006 der Auslandsumsatz: Ein Plus von neun Prozent.

Foto: Chemieverband

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2006 nach Bundesländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe

Das verarbeitende Gewerbe hat mit über 40 Prozent wesentlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich hierzulande preisbereinigt um 3,9 Prozent (Deutschland: 5,3 Prozent).

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Jahre 2006 Umsätze in Höhe von fast 74,2 Milliarden Euro, so viel wie nie zuvor. Damit wurde der bisherige Rekord aus dem Vorjahr noch einmal um 6,8 Prozent übertroffen. Das Umsatzwachstum lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 6,5 Prozent. Die Umsätze lagen fast das ganze Jahr

2006 hindurch über dem Vorjahresniveau. Die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde auch 2006 wesentlich durch den Export getragen. Die Auslandsumsätze stiegen um 8,1 Prozent auf 35,2 Milliarden Euro. Das entspricht einer Exportquote von 47,5 Prozent – dem höchsten bisher für Rheinland-Pfalz ermittelten Wert. Auch hier wurde der Bundesdurchschnitt von 41,9 Prozent deutlich übertroffen. Einen bedeutenden Teil des Auslandsgeschäftes machten unverändert die Umsätze mit den Ländern der Eurozone aus. Hier wurden 18,3 Milliarden Euro bzw. 52,1 Prozent des Auslandsumsatzes getätigt.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich aber

auch die Inlandsnachfrage deutlich belebt. Sie wuchs um 5,6 Prozent auf knapp 39 Milliarden Euro. In ganz Deutschland stieg sie um 4,1 Prozent.

In der umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Branche, der chemischen Industrie, ergab sich mit plus sechs Prozent ein Zuwachs, der etwa dem im Bundesdurchschnitt entsprach (plus 5,8 Prozent). Während die Binnennachfrage in dieser Branche stagnierte, stieg der Auslandsumsatz um neun Prozent.

Im Fahrzeugbau – in Rheinland-Pfalz liegt der Schwerpunkt im Nutzfahrzeugbau – war mit plus 3,2 Prozent (Deutschland: plus



Nutzfahrzeuge aus Rheinland-Pfalz gingen 2006 überwiegend ins Inland – die Auslandsnachfrage nahm ab. Darum gab es 2006 nur ein unterdurchschnittliches Wachstum von 3,2 Prozent. Foto: Fielstette

6,3 Prozent) nur ein unterdurchschnittlicher Zuwachs festzustellen, da hier zwar der Inlandsumsatz anstieg, die Auslandsnachfrage jedoch gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken ist.

Im gewichtigen und breit aufgestellten Maschinenbau konnte dagegen ein überdurchschnittlicher Anstieg um 13,3 Prozent (Deutschland: plus 9,7 Prozent) vermeldet werden, der überwiegend auf stark gestiegener Produktion für das Ausland beruhte (plus 19 Prozent). In der Metallerzeugung und -bearbeitung lag die Umsatzentwicklung in Rheinland-Pfalz dagegen deutlich

unter dem Bundesdurchschnitt (plus 8,9 gegenüber 15,3 Prozent in Deutschland).

Aufwärtstrend im Baugewerbe

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verbuchte 2006 nach Jahren des Rückgangs erstmals wieder ein Umsatzplus. Der baugewerbliche Umsatz der Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten lag bei gut 2,5 Milliarden Euro und hat damit um 12,3 Prozent zugenommen. Bundesweit stieg der Umsatz um 7,2 Prozent. Besonders erfreulich entwickelte sich der Tiefbau mit einem Plus von 16,4 Prozent. Auch der Beschäftigungs-

rückgang wurde gebremst. 2006 waren 17.293 Menschen im Bauhauptgewerbe tätig, 1,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Mögliche Ursachen für die positive Entwicklung sind die gute gesamtwirtschaftliche Lage aber auch der milde Winter.

Positiver Wachstumsbeitrag auch im Dienstleistungssektor

Die Dienstleistungsbranchen, die in Rheinland-Pfalz einen Wertschöpfungsanteil von zwei Drittel haben, trugen auch wieder erheblich zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft bei. Wachstumsträger

waren erneut die Bereiche „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung“. Aus dem Bereich „öffentliche und private Dienstleister“ kamen dagegen nur wenige Impulse.

Erwerbstätigenzahl und Arbeitsproduktivität gestiegen

Die konjunkturelle Entwicklung wirkte sich günstig auf den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt aus. Die Erwerbstätigenzahl stieg um 16.000 gegenüber dem Vorjahr. Das entspricht einem Anstieg um 0,9 Prozent (Deutschland: plus 0,7 Prozent). Damit verbuchte Rheinland-Pfalz unter den Flächenländern den höchsten Zuwachs. Die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz wurde von knapp 1,8 Millionen Erwerbstätigen

im Durchschnitt des Jahres 2006 erbracht. Von den Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr über 2.517 Millionen Arbeitsstunden erbracht. Das waren 21 Millionen Stunden oder 0,8 Prozent mehr als 2005. Im Bundesdurchschnitt ist das Arbeitsvolumen 2006 um 0,6 Prozent gestiegen. Diese Zunahme ist umso höher zu bewerten als für die Erbringung der Jahresarbeitsleistung im abgelaufenen Jahr mit 250 Werktagen zwei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen als im Vorjahr.

Da die Zahl der Erwerbstätigen ebenfalls deutlich zunahm, erhöhte sich die Pro-Kopf-Leistung prozentual geringer als das Bruttoinlandsprodukt. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2006 um 1,3 Prozent. Je Erwerbstätigenstun-

de errechnet sich eine Zunahme um 1,4 Prozent. In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im vergangenen Jahr im Durchschnitt knapp 55.900 Euro, bzw. knapp 40 Euro je geleisteter Stunde (Deutschland: 58.900 Euro je Erwerbstätigen bzw. 41 Euro je Erwerbstätigenstunde).

Auch in der Industrie entwickelte sich der Arbeitsmarkt positiver als in der Vergangenheit. Hier verlangsamte sich der Abbau von Arbeitsplätzen weiter. Im Jahre 2006 waren 270.623 Personen in rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt. Das waren 3.671 oder 1,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Bundesweit wurde ein Beschäftigtenrückgang um 0,6 Prozent festgestellt. ■



Der Aufschwung der Wirtschaft entlastet auch die Arbeitsverwaltung – die Zahlen der Erwerbslosen sind rückläufig.

Foto: pixelio.de

Aus der Arbeit der Rechtsabteilung

*Etwas ist nicht recht, weil es Gesetz ist,
sondern es muss Gesetz sein,
weil es recht ist.
(Charles de Montesquieu)*

Der Rückblick auf die arbeitsrechtliche Gesetzgebung im Jahr 2006 fällt wenig erfreulich aus. Während dringend notwendige Reformen – insbesondere des Kündigungsrechtes und des Rechts der Unternehmensmitbestimmung – weiter auf sich warten lassen, verbreitet ein überflüssiges Gesetz Unsicherheit und Unverständnis.

In ihrem Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 haben sich die Regierungsparteien von CDU/CSU und SPD darauf verständigt, das Kündigungsschutzrecht mit dem Ziel weiterzuentwickeln, zum einen mehr Beschäftigung zu ermöglichen und zum anderen die Schutzfunktion des Kündigungsschutzes für bestehende Arbeitsverhältnisse nachhaltig zu sichern. Zugleich sollten mehr Transparenz und mehr Rechtssicherheit für Beschäftigte und Arbeitgeber geschaffen werden. Selbst der insofern von den Regierungsparteien als allheilbringend angesehene Reformvorschlag der optionalen Verlängerung der Wartezeit für das Eingreifen des allgemeinen Kündigungsschutzes auf 24 Monate bei gleichzeitiger Streichung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung in den ersten 24 Monaten ist schlussendlich im Sande verlaufen. Weitere Reformvorschläge wurden und werden vom Arbeitsminister nach dieser desaströsen Erfahrung konsequent ignoriert.

Dieser Vorschlag zur Reform des Kündigungsschutzrechts ist – freilich aus unterschiedlichen Motiven – sowohl von Arbeitnehmer- als auch von Arbeitgeberseite entschieden abgelehnt worden. Aus Sicht der Arbeitgeber hätte diese Reform gegenüber der jetzigen Rechtslage keinen Fortschritt bedeutet, da das Instrument der sachgrundlosen Befristung letztlich mehr Flexibilität ermöglicht, als die Option zur Verlängerung der Wartezeit.

Ein gleichermaßen unerfreuliches Schicksal widerfuhr der ebenfalls dringend erforderlichen Reform der Unternehmensmitbestimmung. Die noch von der Vorgängerregierung Schröder eingesetzte sogenannte Mitbestimmungskommission unter der Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf war nicht in der Lage, entsprechend ihres Auftrages bis zum September 2006 gemeinsame Vorschläge für eine moderne und europataugliche Weiterentwicklung der deutschen Unternehmensmitbestimmung zu unterbreiten. Damit hat auch in diesem wichtigen Bereich ein schwerfälliger Reformprozess ein ergebnisloses Ende gefunden.

Zumindest in verfahrenstechnischer Hinsicht erfolgreich war die Bundesregierung bei der Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Dass das Gesetz inhaltlich jedoch zum Teil weit

über die europarechtlichen Vorgaben hinausgeht und erhebliche konzeptionelle und handwerkliche Fehler aufweist, ist hinlänglich bekannt. Dies ist um so bemerkenswerter, da die Union den Gesetzesentwurf der rot-grünen Vorgängerregierung vehement als beschäftigungsfeindlich abgelehnt hatte, das jetzige AGG jedoch den Entwurf praktisch unverändert übernommen hat. Immerhin konnten dem AGG, dass bereits nach wenigen Wochen durch ein Korrekturgesetz modifiziert werden musste, durch massiven Einsatz der Arbeitgeberverbände einige wenige Giftzähne gezogen werden. Die LVU hat die Landesregierung durch mehrere Stellungnahmen aufgefordert, sich im Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene für die Interessen der Arbeitgeber einzusetzen.

Bereits am 11. Juli 2006, rund einen Monat vor Inkrafttreten des AGG am 18. August 2006, hat die LVU in einer außerordentlich gut besuchten Vortragsveranstaltung mit namhaften Referenten auf die abzusehenden Folgen des Gesetzes aufmerksam gemacht. Den Teilnehmern konnten so bereits im Vorfeld nützliche Tipps für den Umgang mit dem neuen Gesetz gegeben werden, um unnötige und mitunter kostspielige Fehler zu vermeiden.

In ihrem Rundschreibendienst hat die LVU regelmäßig und aktuell über die Entwick-



Ohne den vorherigen Blick in den Gesetzestext lassen sich viele Entscheidungen in Deutschland gar nicht mehr treffen. Foto: pixelio.de

lung dieser und anderer wichtiger Gesetzesvorhaben berichtet. Ständig aufbereitet und analysiert wurden auch im Jahr 2006 praxisrelevante Gerichtsentscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene. Ferner wurde auf neue arbeitsrechtliche und andere Veröffentlichungen sowie auf wichtige Veranstaltungen verschiedener Institutionen hingewiesen.

Im Rahmen des Berufungsverfahrens von ehrenamtlichen Richtern für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit im Land Rheinland-Pfalz obliegt es der LVU, die Auswahl der Kandidaten auf Seiten der Arbeitgeber für beide Instanzen zu koordinieren und vorzunehmen. Im Jahr 2006 wurden allein im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit auf

Landesebene weit über einhundert Vorschläge eingereicht und vom zuständigen Ministerium benannt.

Den ehrenamtlichen Richtern der Arbeitsgerichtsbarkeit wurden in diesem Berichtszeitraum wieder drei ganztägige Informationsveranstaltungen in Koblenz, Neustadt an der Weinstraße und Mainz angeboten. Neben der thematischen Behandlung praxisrelevanter Aspekte im Zusammenhang mit krankheitsbedingten Kündigungen stand in den Veranstaltungen das neue AGG auf der Tagesordnung.

Aktuelle Themen aus der arbeitsrechtlichen Praxis waren auch Gegenstand einer Prozessvertretertagung in den Räumlichkeiten

der Bitburger Brauerei. Die Veranstaltung wurde von den Teilnehmern zu einem regen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu aktuellen individual- und kollektivarbeitsrechtlichen Themen genutzt.

Im März 2006 haben die turnusmäßigen Betriebsratswahlen in den Betrieben in Rheinland-Pfalz stattgefunden. Die LVU stand ihren Mitgliedern nicht nur während, sondern auch vor und nach den Wahlen mit Rat und Tat zur Seite. Besonders hervorzuheben ist eine Veranstaltung im Februar 2006, in der den Personalleitern der Mitgliedsunternehmen der LVU-Mitgliedsverbände die Gelegenheit gegeben wurde, sich unmittelbar im Vorfeld der Betriebsratswahlen über Einzelheiten der Durchfüh-



Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz hat der Gesetzgeber in Berlin der deutschen Wirtschaft keinen Gefallen getan.

Foto: pixelio.de

rung und Möglichkeiten der Anfechtung sowie über die neuesten Entwicklungen in der Rechtsprechung zu informieren. Das erfolgreiche Programm Betriebspraktika für neu einzustellende Berufsrichter der Arbeitsgerichtsbarkeit resultiert aus einer entsprechenden Vereinbarung der LVU mit dem DGB und dem Land Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 1996. Hintergrund war seinerzeit die Förderung des Verständnisses der Arbeitsrichter für die Situation in der Praxis. Die Vermittlung der Betriebe erfolgt durch die LVU im Einvernehmen mit dem DGB und dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts. Auch im Jahr 2006 konnte auf diese Weise einem neu eingestellten Richter über einem Zeitraum von sechs Monaten ein umfassender Einblick in den betrieblichen Alltag zweier Unternehmen ermöglicht werden.

Eine erneute strukturelle Änderung hat es

im Bereich der Regionalbeiräte der AOK Rheinland-Pfalz im Jahr 2006 gegeben. Der Verwaltungsrat der AOK Rheinland-Pfalz hat in seiner Sitzung im April 2006 beschlossen, dass, entsprechend der neuen Bezirksdirektionsstruktur, anstelle der bisherigen 25 AOK-Regionalbeiräte bei den Regionaldirektionen nunmehr sechs Bezirksbeiräte mit zehn ordentlichen und zehn stellvertretenden Mitgliedern, die jeweils von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gestellt werden, gebildet werden. Dies hatte zur Folge, dass aus den Reihen der Arbeitgeber landesweit insgesamt jeweils nur noch 60 ordentliche und 60 stellvertretende Mitglieder zu benennen waren. Aufgrund der insgesamt recht deutlichen Reduzierung der Mitgliederzahlen konnte die LVU als Listenführerin für fast alle Bezirksbeiräte komplette Vorschlagslisten einreichen. In den Bezirken, in denen mehr Bewerber als freie Plätze vorhanden waren, erfolgte die

erforderliche Auswahl seitens der LVU anhand objektiver Kriterien und in enger Abstimmung mit den vorschlagsberechtigten Verbänden. Sämtliche Benennungsvorschläge der LVU – auch für die außerdem zu besetzenden Widerspruchskammern – sind schließlich von der AOK berücksichtigt worden.

In verschiedenen Gremien im politischen und administrativen Raum hat die LVU die Interessen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft auf Landesebene vertreten und ihr Netzwerk zu den Entscheidern im öffentlichen Bereich gepflegt und ausgebaut. Darüber hinaus pflegt die Rechtsabteilung der LVU selbstverständlich den intensiven fachlichen Informationsaustausch mit BDA und BDI und ist dort ebenfalls in zahlreichen Gremien beteiligt. ■

Blickpunkt Öffentlichkeit

*Miteinander zu sprechen ist besser,
als gegeneinander zu schweigen.*
(Ignazio Silone)

Wenn es stimmt, dass Wissen Macht ist und Information eine Vorbedingung für Wissen, dann haben die elektronischen Medien und deren interaktive Vernetzung im World Wide Web (www) eine Informationslawine in Gang gesetzt, die alle bisherigen Dimensionen sprengt. Täglich tauschen die rund 45 Millionen Internet-Rechner eine Datenmenge aus, die dem theoretischen Wissensstand des gesamten 19. Jahrhunderts entspricht. Hinzu kommen die Geschwindigkeit des Datenaustausches und seine länderübergreifende Reichweiten. Dies ist eine neue Dimension der Kommunikation, die auch die Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit eines Verbandes nachhaltig verändert.

Manche Spielregeln sind anders geworden. Geschwindigkeit, Globalität und Transparenz müssen sich auch für die Öffentlichkeitsarbeit von Verbänden zu Schlüsselbegriffen entwickeln, wollen Verbandsorganisationen im Wettlauf um Informationsvorsprünge und Meinungsführerschaft nicht als Verlierer auf der Strecke bleiben.

Anders geworden ist damit aber keinesfalls der Grundansatz von Öffentlichkeitsarbeit. Denn sie zielt – anders als die Werbung – nicht auf eine Veränderung oder Beibehaltung des aktuellen Verhaltens des Angesprochenen. Der Öffentlichkeitsarbeit geht es um die Haltung, um Wirkungen im Be-

reich des Wissens und auf dem Feld der Meinungen und Attitüden.¹⁾

Doch trotz dieses Aspektes aus der Wirkungsforschung ist die Definition von Public Relations (PR) bis heute umstritten. Einer der Gründe liegt wohl auch darin, dass sich Public Relations aus praktischem Handeln entwickelte und damit zunächst wenig klärungsbedürftig erschien, wie z.B. die Gründung des „Ministerialzeitungsbüros“ für staatliche Öffentlichkeitsarbeit, das 1851 in „Zentralstelle für Presseangelegenheiten“ umbenannt wurde.

Diese „Zentralstelle“ steht zugleich für die erste Phase in der Entwicklungsgeschichte von PR, die zudem eng an die Evolution der Massenmedien geknüpft ist.

In der ersten Phase besteht PR fast ausschließlich darin, Botschaften (Pressemitteilungen) von partikulärer Relevanz an die Medien zu geben. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass die Medien die Botschaften veröffentlichen und deren partikuläre Relevanz dadurch in eine generalisierte und damit berichtenswerte Relevanz transformieren.²⁾

In der zweiten Phase – etwa ab 1900 – beginnt die PR mit der Differenzierung ihrer Öffentlichkeiten. Es geht nicht mehr um die Menge aller Personen. Der Zugriff auf bestimmte Gruppen schiebt sich in der Ver-

breitung von Botschaften in den Vordergrund.

In der dritten Phase – mit den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts – wird die bislang völlig übersehene Leistung informeller Kommunikation für die Öffentlichkeitsarbeit entdeckt. „PR begins at home“, dieses Edward Bernays zugeschriebene Statement über die Bedeutung der internen Kommunikation ist gleichzeitig auch der Anlass, PR zu differenzieren in interne und externe Öffentlichkeitsarbeit.

Mit 1976 findet dann der Kommunikationsbegriff Eingang in den Definitionskatalog von PR als „management of communication“.³⁾ Appelle wie „tue Gutes und rede darüber“ werden abgelöst von einem dynamischen Verständnis von Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt werden die Definitionen sachlicher, aber auch komplexer.

Näher besehen, stellt sich heraus, dass das Prinzip von PR nichts mit den Massenmedien oder dem Journalismus zu tun hat. Verkürzt gesagt geht es bei PR vielmehr um die Entwicklung einer Perspektive, eben mehr als nur die Verlautbarung in einer Pressemitteilung.

Deshalb kommt es in der PR darauf an, zur richtigen Zeit, die richtige Zielgruppe mit dem richtigen Thema anzusprechen. Denn in ihrem Kern ist Public Relation die „ge-



Bilder leben von Menschen und spannender Technik – diese emotionalen Motive können so manches eigentlich trockene Thema in die Zeitung begleiten. Foto: Fielstette

sellschaftlich lizenzierte Möglichkeit zur Mitgestaltung öffentlicher Meinung“.⁴⁾

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Aufschlüsselung der Mediennutzung eine besondere Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit.

Unverändert erreichen die vier tagesaktuellen Medien – Zeitung, Fernsehen, Hörfunk und Internet – alle Menschen in Deutschland mindestens einmal am Tag. Bei den einzelnen Medien ergeben sich ebenfalls unverändert deutliche Unterschiede. Während Fernsehen und Radio faktisch eine Vollverbreitung in der Bevölkerung und eine hohe Tagesreichweite haben, ist dies bei der Tageszeitung und dem Internet nicht der Fall.

Die elektronischen Medien – Hörfunk und Fernsehen – erreichen pro Tag 95 Prozent aller Bundesbürger.

Die Medienforschung der ARD sieht das Radio in einer besonderen Position. Nach den qualitativen Kriterien der Lebensweltforschung ist das Radio nicht nur das „Medium für alle“. Denn darüber hinaus wenden sich die so genannten Gesellschaftlichen Leitmilieus dem Radio zu.

Im eigenen Haus hört etwa jeder Zweite beim Essen oder bei der Hausarbeit, jeder Vierte bei der Berufsarbeit Radio. Außer Haus schalten fast drei Viertel der Nutzer unterwegs im Auto und rund ein Drittel während der Berufsarbeit das Radio ein.⁵⁾

Die quantitativen Nutzungsdaten bescheinigen dem Medium Radio also eine hohe Akzeptanz. Was aber sind die Erwartungen der Hörer? Ergebnisse der Programmforschung zeigen, dass Hörer von ihrem Radio natürlich viel Musik, Nachrichten und aktuelle Informationen mit ausführlichen Wortbeiträgen zu interessanten Themen,

auch ganz gezielt mit lokalem und regionalem Schwerpunkt erwarten.

Gerade vor diesem Hintergrund wächst verbandlicher Öffentlichkeitsarbeit als gesellschaftlich lizenzierte – damit auch akzeptierte – Möglichkeit zur Mitgestaltung öffentlicher Meinung eine wichtige Bedeutung zu.

Dazu kommen die Auswirkungen der digitalisierten Welt auf das klassische Bild vom Pressejournalismus. Sie sehen sich heute zunehmend vor der Aufgabe weniger in „Artikeln“ sondern mehr und mehr in Storys für die unterschiedlichsten Medien zu denken.

Nicht „ihre Zeitung“ ist der Ausgangspunkt, sondern ein Thema, das für Zielgruppen wichtig ist. „Journalisten sind“, so die Stuttgarter Kommunikationswissenschaftlerin Prof. Dr. Claudia Mast, „künftig eben nicht mehr Autoren von höchst individuellen Presseartikeln, sondern von Geschichten, Analysen, Erklärstücken, Hintergründen und Handlungsempfehlungen“.

Damit verändert sich auch die Rolle der Zeitungen als Chronisten des Tages. So sieht eine große Mehrheit der Chefredakteure nach einer Untersuchung der Universität Hohenheim die Inhalte der Tageszeitung der Zukunft weniger von Tagesaktualität bestimmt als von Lesernutzen und -betroffenheit bestimmt.

Die Zeitung wird sich – das meint weit über die Hälfte der Chefredakteure – von einem sachlichen Nachrichtenstil der Berichterstattung weiter entfernen. Emotionalisierung der Berichterstattung und vor allem der Magazinstil werden das Profil der Blätter prägen.⁶⁾

Vor diesem Hintergrund ist es auch die Aufgabe verbandlicher Öffentlichkeitsarbeit in ihre Kommunikationsfunktion zunehmend

die Entwicklung der Medien und ihre Nutzung durch Leser, Hörer, Zuschauer und Internetuser einzubeziehen.

So hat sich der Schwerpunkt der LVU-Öffentlichkeitsarbeit entsprechend in Richtung der elektronischen Medien, also Hörfunk und Fernsehen verändert. Eine besondere Position hat dabei jedoch der Hörfunk.

Denn in einer perspektivischen Betrachtung der Mediennutzung bis zum Jahr 2010 bleibt es bei der herausragenden Stellung

des Hörfunks. Der Grund resultiert nach Untersuchungen der Programmforschung aus den beiden Kontexten: Radio hören bei der Arbeit und im Auto.

Die insgesamt 118 Interviews und Statements von Repräsentanten der LVU in den elektronischen Medien des Landes bedeuten im Vergleich zum Vorjahr nicht nur ein erneutes Nachfrage-Plus im zweistelligen Prozentbereich. Sie sind darüber hinaus ein Beleg für die Akzeptanz, dass die Unternehmerverbände des Landes die öffentliche Meinung mitgestalten.

Durch Personalisierung – Emotionalisierung – vermitteln die Repräsentanten der LVU Kontinuität und Werthaltungen. Die Unternehmerverbände stehen somit auch für Relevanz, damit für Wirklichkeit und Orientierung.

Den Printmedien kommt dabei eine flankierende Funktion zu. Deshalb war es wichtig, dass die sozusagen wöchentliche LVU-Meldung beim Nachdruckergebnis das Niveau des Vorjahres hielt. Über das Jahr gesehen fanden pro Woche in der Hälfte der Gesamtauflage der rheinland-pfälzischen Tageszeitungen die Aussagen der LVU ihren Niederschlag.

Generell darf das Resonanz-Ergebnis in den Medien von der LVU wohl als Ausdruck der Reputation und Vertrauenswürdigkeit der Unternehmerverbände in Rheinland-Pfalz gewertet werden.

Literaturhinweise:

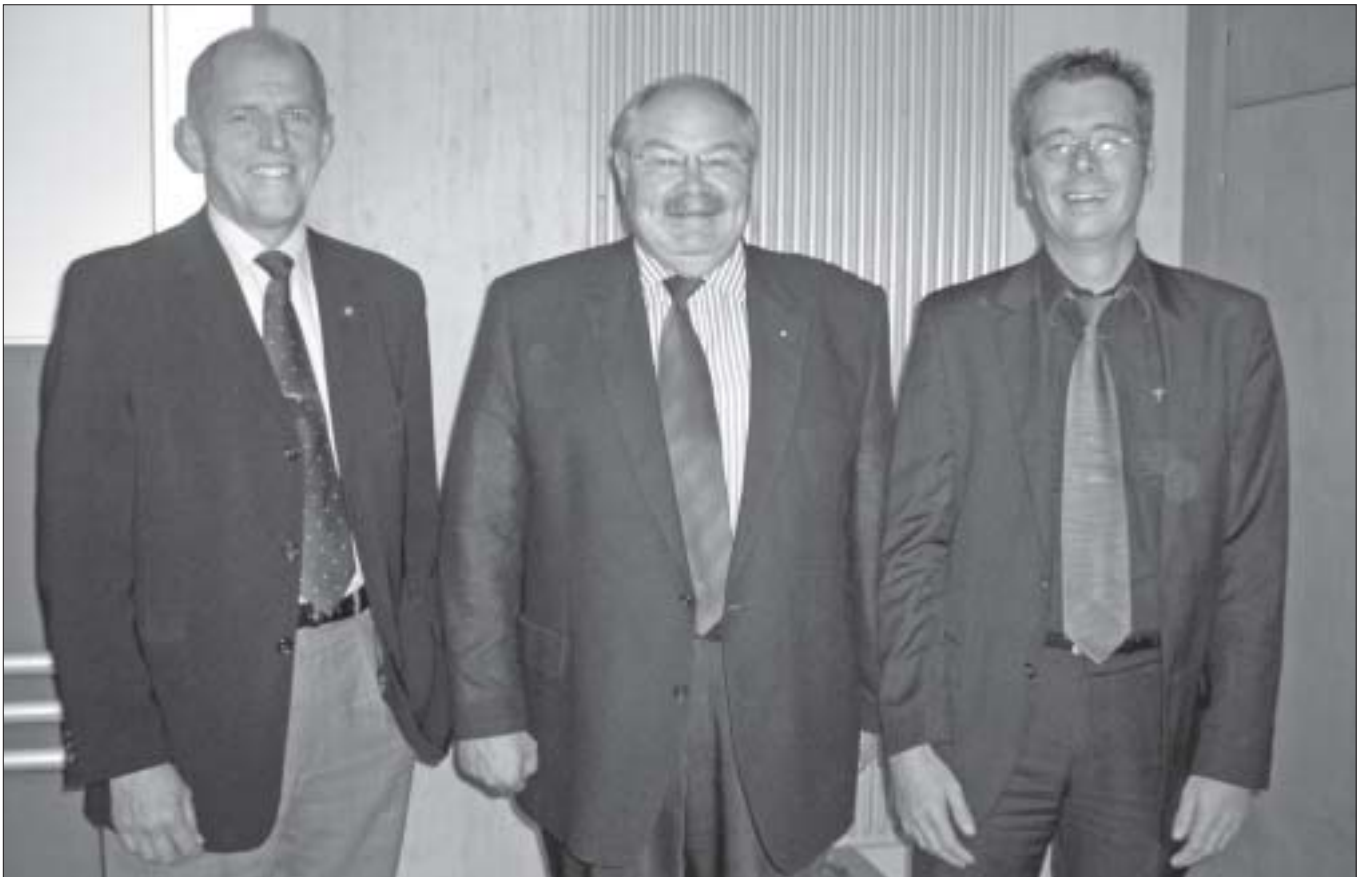
- ¹⁾ Müller-Vogg, Public Relations für die Soziale Marktwirtschaft, Minerva 1979, S. 31.
- ²⁾ Merten, complus-network, 2007.
- ³⁾ Grunig, Hunt, Todd, 1984, Managing Public Relations.
- ⁴⁾ Rolke, Public Relations – die Lizenz zur Mitgestaltung öffentlicher Meinung, 2004.
- ⁵⁾ Media Perspektiven, Zukunft des Radios, Februar 2007.
- ⁶⁾ Mast, Journalist 4/2007.



LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun im Interview mit dem SWR-Fernsehen. Insgesamt waren Repräsentanten der LVU im abgelaufenen Jahr mit fast 120 Interviews und Statements in den elektronischen Medien des Landes. Verglichen mit dem Vorjahr bedeutet dies ein weiteres deutliches Nachfrageplus.
Foto: Fielstette

Schule und Wirtschaft

*Der eigentliche Zweck des Lernens ist nicht das Wissen, sondern das Handeln.
(Herbert Spencer)*



Theo Scholtes (l., Vorsitzender Wirtschaft der Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT), Werner Simon (m., Hauptgeschäftsführer LVU) und Dr. Carsten Kühl (r., Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) vereinbarten, wirtschaftliche Inhalte in alle gymnasialen Unterrichtsfächer zu integrieren.

Foto: Steimer

Wenn das Berufsleben nicht in die Bildung mit einbezogen wird, ist das eine Enttäuschung für die Wirtschaft und für die jungen Leute. Man darf sich nicht zu gut dafür sein, bei aller

Wissensvermittlung auch auf die Bedürfnisse des späteren Berufslebens hinzuweisen.“ So kommentierte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos die im März 2007 veröffentlichte Bildungsstudie der Zeit-

schrift Focus und der Firma Microsoft. Die dort erfolgte Befragung von Eltern, Lehrern und Personalverantwortlichen ergab teils ganz erhebliche Unterschiede bei der Beurteilung von schulischen Zielen, Inhalten



„Achtung: Schule!“ – Pädagogik und Wirtschaft müssen zur gegenseitigen Verbesserung Ihres Verständnisses näher aneinanderrücken.

Foto: pixelio.de

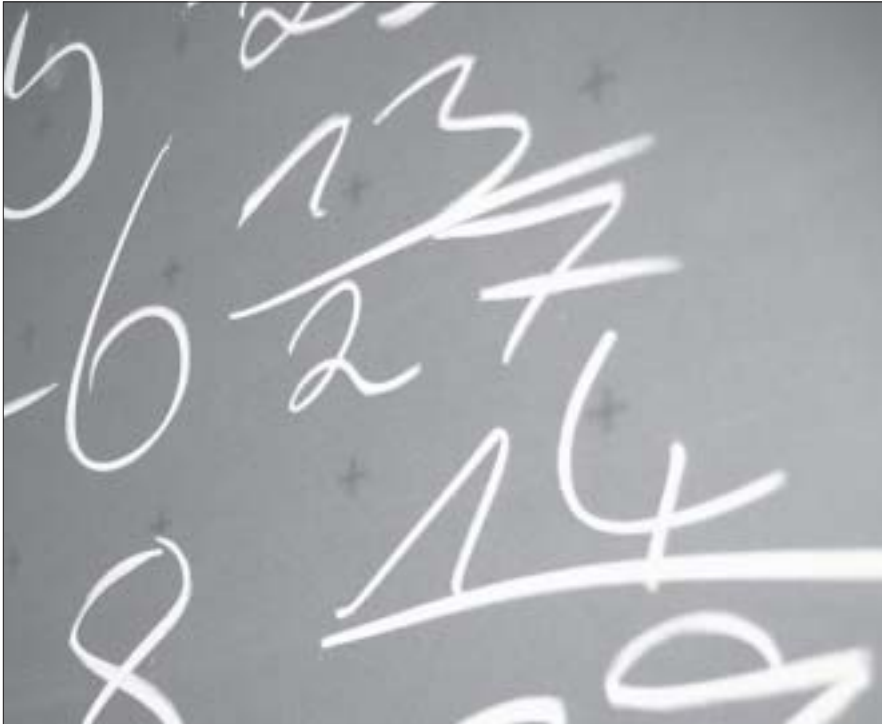
und deren tatsächlicher Vermittlung im Unterricht. Die Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* bietet mit ihren landesweiten Fortbildungen, ihrem flächendeckenden Netz von regionalen Arbeitskreisen und ihren bundesweiten Anbindungen die notwendige Plattform für einen notwendigen Dialog und setzt in den Diskussionen eigene Impulse. Wie notwendig das Engagement von *SCHULEWIRTSCHAFT* gerade in den bildungspolitisch umstrittenen Kernthemen „Ausbildungsfähigkeit“ und „Wirtschaftswissen“ ist, zeigt die genannte Bildungsstudie eindrucksvoll.

1. Ausbildungsfähigkeit und Berufsvorbereitung

1.1. Deutsch und Mathematik

Zufrieden mit der Leistung der Schulen im Fach Deutsch sind bundesweit 23 Prozent der Personalverantwortlichen und auch nur 55 Prozent der Lehrer selber, mit dem Fach Mathematik sogar nur 17 beziehungsweise 53 Prozent. Mit beiden Fächern hat sich das Netzwerk *SCHULEWIRTSCHAFT* Rheinland-Pfalz in Absprache mit dem zuständigen Ministerium konkret beschäftigt, um kurzfristige Verbesserungen zu initiieren. Parallel dazu werden mittel- und langfristige Lösungen auf der Landes- und Bundesebene von *SCHULEWIRTSCHAFT* mit

beraten und erarbeitet wie etwa die frühkindliche Förderung, der Ausbau von Ganztagschulen, die Festlegung von Bildungsstandards und die Sprachförderung für Migrantenkinder. Grundlage einer notwendigen Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit ist der permanente Dialog zwischen Schulen und Unternehmen. Je weniger allgemeine Schuldvorwürfe und je mehr konkrete Problembeschreibungen er enthält, um so größer sind die Chancen auf Erfolg. Die Landesarbeitsgemeinschaft hat deshalb bewusst in ihren Fortbildungen Deutsch- und Mathematiklehrer in den Schule-Wirtschaft-Dialog einbezogen, der bislang auf Schulseite primär von Schulleitungen und gesellschaftswissenschaftlichen Fachlehrern geführt wurde.



Mit dem Schulstoff auf der Tafel können die Jugendlichen später im Beruf nicht immer etwas anfangen. Hier muss es zu einer weiteren Angleichung von Anforderungen der Wirtschaft und dem pädagogischen Angebot kommen. Foto: pixelio.de

Mathematik

In einem Mix aus landesweiten Lehrerfortbildungen, Kooperationen mit dem zuständigen Ministerium und Pilotversuchen in den regionalen Arbeitskreisen konnten bereits erste Erfolge erzielt werden. Im regionalen Arbeitskreis Rockenhausen stellt die Firma Keiper fest, dass nach ihrer engen Kooperation mit der dortigen Realschule die Mathematikfähigkeiten der Ausbildungsplatzbewerber messbar zugenommen haben. Inzwischen sind verschiedene Initiativen an Schulen gestartet worden, um mathematische Defizite der Schüler zu vermindern.

Deutsch

Bei der Auftaktveranstaltung in Mainz mit rund 100 Deutschlehrern aus weiterfüh-

den Schulen, stand die Problemanalyse im Vordergrund. Michael Garthe, Chefredakteur der Rheinpfalz, und Stefan Hüppe, Leiter der Aus- und Weiterbildung Boehringer Ingelheim, stellten ihre Anforderungen und Erfahrungen zu den Kompetenzen im Schreiben und Lesen bei den Bewerbern vor. Verschiedene Tests für die Ausbildungsplatzvergabe wurden erläutert. Dabei stellte sich in den Diskussionen heraus, dass in Schule und Wirtschaft unterschiedliche Anforderungen an die Deutschkenntnisse der jungen Menschen gestellt werden. Auch bei der Überprüfung werden in Schule und Wirtschaft andere Methoden und Maßstäbe angewandt. Dies werde sich aber durch die Einführung der Bildungsstandards annähern, erläuterte Herbert Freis vom Ministerium für Bildung, Wissen-

schaft, Jugend und Kultur. Denn diese Standards wurden von der Kultusministerkonferenz in enger Absprache mit der Wirtschaft erarbeitet und werden nun von den einzelnen Bundesländern umgesetzt.

1.2. Berufsorientierung

Nur neun Prozent der Lehrer sehen die Berufsvorbereitung als vorrangiges Bildungsziel an. Dementsprechend sind auch nur 12 Prozent der Personalentscheider bundesweit mit dieser Vorbereitung zufrieden. Aktuell bestätigt werden diese Zahlen übrigens auch durch eine ebenfalls 2007 veröffentlichte Studie des Instituts für Unternehmensführung, Kaiserslautern, die regional in der Pfalz durchgeführt wurde. Es besteht Gesprächsbedarf hinsichtlich des Abgleichs der gegenseitigen Erwartungen. Einen neuen Weg sind dabei die regionalen Arbeitskreise *SCHULEWIRTSCHAFT* Germersheim, Cochem und Rhein-Lahn gegangen. Mit einer Berufsorientierungstournee bringt der Arbeitskreis Germersheim Lehrer und Wirtschaftsvertreter im Betrieb zusammen. Der Arbeitskreis Cochem eröffnete Betriebsvertretern die Möglichkeit, dem Unterricht beizuwohnen und anschließend mit den Lehrern über das Erlebte zu diskutieren. Im Arbeitskreis Rhein-Lahn informierten Schulleitungen über Lehrerbetriebspraktika im Rahmen der Berufsorientierung und kamen so mit den Wirtschaftsvertretern in einen Dialog über Hemmnisse und Probleme bei der Durchführung von Lehrerpraktika.

2. Wirtschaftswissen

2.1. Handreichungen für den Unterricht

Nur zehn Prozent der Personalentscheider sind bundesweit zufrieden mit der Vermittlung von ökonomischem Grundwissen. In Rheinland-Pfalz gibt es kein eigenes Fach „Wirtschaft“. Wirtschaftsinhalte sollen aber gemäß Richtlinie in allen Fächern mit ein-

fließen. Um dies in der Praxis zu gewährleisten, hat *SCHULEWIRTSCHAFT* gemeinsam mit dem Bildungs- und mit dem Wirtschaftsministerium in Rheinland-Pfalz Handreichungen zur Vermittlung in den einzelnen Fächern erarbeitet.

Wenn es kein gesondertes Fach „Wirtschaft“ gibt, muss für den Lehrer transparent sein, wann er welche Wirtschaftskenntnisse in seinem Fach einbeziehen soll. Um dies sicherzustellen, wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bildungsministeriums, des Wirtschaftsministeriums, der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz und aus den Schulen eingerichtet, die sich zunächst auf die Gymnasien beschränkt. Festgelegt wurde in der Arbeitsgruppe zum einen, dass an jedem Gymnasium eine Lehrkraft mit der Koordination und der Beratung der Fachkollegen zum Thema „Ökonomische Bildung“ betraut werden soll. Zum anderen wurden für alle Schuljahre und alle für Wirtschaftsthemen relevante Fächer Handreichungen erarbeitet, bei welchem Lehrplanthema des Faches welche ökonomischen Kenntnisse einfließen sollen.

So soll beispielsweise im Fach Musik bei den Lehrplanstichworten „Kulturbetrieb, Theater, Musical“ Wirtschaftswissen einfließen – etwa das Thema „Subventionen“ oder das „Denken in Kosten-Nutzen-Relationen“. Beim Lehrplanthema „Urheberrechte“ müssen auch die Rahmenbedingungen des unternehmerischen Handelns einbezogen werden als Begründung, warum Urheberrechtsverletzungen vom Gesetz geahndet werden. Die praktische Umsetzung wird in regelmäßigen Abständen von der Arbeitsgruppe evaluiert werden. Außerdem wurde von *SCHULEWIRTSCHAFT* mit den beiden Ministerien eine gemeinsame Fortbildungsreihe für die neu ernannten Koordinationslehrer ins Leben gerufen. Die Auftaktveranstaltungen eröffneten der Hauptgeschäftsführer der LVU, RA Werner



Schreiben, Rechnen, Lesen – nicht wenigen Schulabgängern fehlt es an den Grundfertigkeiten.
Foto: pixelio.de

Simon, und die Staatssekretäre Michael Ebling (Bildungsministerium) und Dr. Carsten Kühl (Wirtschaftsministerium).

2.2. China und die Pfalz – Globalisierung als Unterrichtsthema

Um Wirtschaftsthemen überhaupt vermitteln zu können, brauchen die Lehrkräfte gezielte Fortbildung. Die Landesarbeitsgemeinschaft ist ein vom Bildungs- und vom Wirtschaftsministerium anerkannter und geförderter Träger der Lehrerfortbildung für den Bereich Wirtschaft/Berufsorientierung/Qualitätsmanagement. So wurden am Beispiel einer mittelständischen Firma in der Pfalz und ihrer Beziehungen zu China die Globalisierung und ihre komplexen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft vor rund 100 Lehrkräften erläutert. Dies ist

nur ein Beispiel für die landesweite Lehrerfortbildung der Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT*. Daneben unterstützt sie zum Beispiel gemeinsam mit dem Bildungs- und dem Wirtschaftsministerium das Projekt „Ökonomische Bildung Online“ der Bertelsmann Stiftung, bei dem sich Lehrkräfte online und mit verschiedenen Präsenzphasen ein Jahr lang neben ihrer Arbeit zum Thema Wirtschaft fit machen können. Oder die Landesarbeitsgemeinschaft gibt in ihren Fortbildungen Fachlehrern, zum Beispiel Englischlehrkräften, Tipps, wie sie in ihrem Unterricht berufsrelevante Praxisbezüge sinnvoll einbeziehen können. Diese Tagung für Englischlehrer wurde bereits sechsmal durchgeführt und weitere Wiederholungen sind geplant. ■

Unsere Landesvereinigung

**Vorstand, Geschäftsführung
und Mitglieder**

Stand Juni 2007

Landesvereinigung Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz (LVU)

Hindenburgstraße 32 · 55118 Mainz
Postfach 2966 · 55019 Mainz

Tel.: 06131 / 5575-0 · Fax: 06131 / 5575-39

Internet: www.lvu.de
E-Mail: contact@lvu.de

Präsident

Dr. Gerhard F. Braun

Geschäftsführender Gesellschafter
Karl Otto Braun GmbH & Co. KG
Lauterstraße 50

67752 Wolfstein

Postfach 11 40

67751 Wolfstein

Tel.: 06304 / 74215

Fax: 06304 / 74390

E-Mail: gerhard.braun@kob.de

Internet: www.kob.de

Vizepräsident

Ulrich Pitkamin

Vorsitzender der Geschäftsführung
Boehringer Ingelheim Pharma
GmbH & Co. KG

Binger Straße 173

55216 Ingelheim

Tel.: 06132 / 772266

Fax: 06132 / 775734

E-Mail: PITKAMIN@ing.boehringer-ingelheim.com

Internet: www.boehringer-ingelheim.de

Schatzmeister

Dr. Eduard Kulenkamp

Vorstandsmitglied
Gebr. Pfeiffer AG
Barbarossastraße 50–54

67655 Kaiserslautern

Postfach 30 80

67618 Kaiserslautern

Tel.: 0631 / 4161104

Fax: 0631 / 4161103

E-Mail: dr.kulenkamp@gpag.de

Vorstandsmitglieder

Dipl.-Ing. Günther Clos

CEO der Division Componentes der
Deloro Stellite Group
Zur Bergpflege 53

56070 Koblenz

Tel.: 0261 / 808820

Fax: 0261 / 808823

E-Mail: gclos@deloro.de

Internet: www.deloro.de

Hermann-Josef Görges

Geschäftsführung Raab-Group (Sprecher)
Joseph Raab GmbH & Cie. KG
Gladbacher Feld 5

56566 Neuwied

Postfach 22 61

56512 Neuwied

Tel.: 02631 / 913108

Fax: 02631 / 913162

E-Mail: hermann-josef.goerges@raab-gruppe.de

Internet: www.raab-gruppe.de

Hans-Carsten Hansen

President Human Resources
BASF Aktiengesellschaft
GP – C 100

67056 Ludwigshafen

Tel.: 0621 / 6048300

Fax: 0621 / 6092721

E-Mail: hans-carsten.hansen@basf.com

Achim Haupt

Geschäftsführer
Julius Haupt GmbH
Albert-Einstein-Straße 7
55743 Idar-Oberstein
Postfach 01 14 45
55704 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 94810
Fax: 06781 / 948118
E-Mail: Achim.Haupt@juhaupt.de
Internet: www.juhaupt.de

Dipl.-Kfm. Klaus Heinlein

Geschäftsführer
Fuchs Lubritech GmbH
Hans-Reiner-Straße 7-13
67685 Weilerbach
Tel.: 06374 / 924701
Fax: 06374 / 924941
E-mail: klaus.heinlein@fuchs-lubritech.de
Internet: www.fuchs-lubritech.de

Dr. Werner Hitschler

Mitglied des Vorstandes
Pfalzwerke Aktiengesellschaft
Kurfürstenstraße 29
67061 Ludwigshafen
Postfach 21 72 46
67072 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 5852100
Fax: 0621 / 5852212
E-Mail: werner_hitschler@pfalzwerke.de
Internet: www.pfalzwerke.de

Willi Kuhn

Geschäftsführer der TBG Transportbeton
Kuhn-Beton GmbH & Co.KG
Parkring 13
76751 Jockgrim
Tel.: 07271 / 95940
Fax: 07271 / 959444
E-Mail: w_kuhn@t-online.de

Matthias Moelle

Geschäftsführender Gesellschafter
Römheld & Moelle Eisengießerei
Maschinen- und Apparatebau GmbH
Rheinallee 92
55120 Mainz
Postfach 35 20
55025 Mainz
Tel.: 06131 / 96060101
Fax: 06131 / 9606090
E-Mail: moelle@roemheld-moelle.de
Internet: www.roemheld-moelle.de

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer

RA Werner Simon
E-Mail: Werner.Simon@lvu.de

Assistenz: Vera Phelps
Tel.: 0 61 31 – 55 75 27

Geschäftsführer

Dr. rer. pol. Dirk Hannowsky
E-Mail: Dirk.Hannowsky@lvu.de

Assistenz: Monika Kansy
Tel.: 0 61 31 – 55 75 26

Justitiar

Assessor Olaf Papier
E-Mail: Olaf.Papier@lvu.de

Assistenz: Birgit Seidel
Tel.: 0 61 31 – 55 75 35

Informationsstelle der Rheinland-Pfälzischen Wirtschaft, Mainz

Geschäftsführer Jürgen Fielstette
E-Mail: Juergen.Fielstette@lvu.de

Marcel Speker M.A.
(ab dem 1.1.2007)
E-Mail: Marcel.Speker@lvu.de

Assistenz: Monika Tunkel
Tel.: 0 61 31 – 55 75 31

Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* Rheinland-Pfalz

Stv. Geschäftsführerin: Susanne Steimer
E-Mail: Steimer@lvu.de
Tel.: 0 61 31 – 55 75 10

Mitgliedsverbände der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|--|---|--|
| Landesverband Bauindustrie Rheinland-Pfalz e.V. Am Linsenberg 16 55131 Mainz Postfach 42 24 55032 Mainz Tel.: 06131 / 26170 Fax: 06131 / 261722 E-Mail: mainz@bauindustrie-rlp.de Internet: www.bauindustrie-rlp.de | Dipl.-Ing. Karl-Wilhelm Faber Geschäftsführender Gesellschafter Wilhelm Faber GmbH & Co. KG Galgenwiesenweg 23-29 55232 Alzey Tel.: 06731 / 4920 Fax: 06731 / 492115 | Dipl.-Ing. Dr. jur. Martin Dossmann |
| Güteschutz und Landesverband Beton- und Bimsindustrie Rheinland-Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852290 E-Mail: vse@verband-steine-erden.de Internet: www.glv-beton-bims.de | Joachim Altenhofen Geschäftsführender Gesellschafter Rausch-Therm-Stein GmbH & Co. KG Postfach 20 56643 Nickenich Tel.: 02632 / 82078 Fax: 02632 / 81853 | Rechtsanwalt Heinrich Klotz Dipl.-Ingenieur Dieter Heller |
| Brauerbund Hessen / Rheinland-Pfalz e.V. Sonnenberger Straße 46 65193 Wiesbaden Tel.: 0611 / 5317750 Fax: 0611 / 53177520 E-Mail: mail@brauer-hmr.de Internet: www.brauer-hmr.de | Ulrich Kallmeyer Vorsitzender der Geschäftsführung der Radeberger Gruppe GmbH Darmstädter Landstraße 185 60598 Frankfurt /Main Tel.: 069 / 6065224 Fax: 069 / 6065401 | Rechtsanwalt Axel Jürging |

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|---|--|-------------------------------------|
| <p>Verband Pfälzischer Brauereien e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852221 E-Mail: Brauer-Pfalz@IVN.de</p> | <p>Dr. Horst Bischoff Privatbrauerei Bischoff GmbH & Co. KG An den Hopfengärten 6 67722 Winnweiler Postfach 11 62 67719 Winnweiler Tel.: 06302 / 9120 Fax: 06302 / 912120</p> | <p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p> |
| <p>Arbeitgeberverband Chemie Rheinland-Pfalz e.V. Bahnhofstraße 48 67059 Ludwigshafen Postfach 21 07 69 67007 Ludwigshafen Tel.: 0621 / 520560 Fax: 0621 / 5205620 E-Mail: info@chemie-rp.de Internet: www.chemie-rp.de</p> | <p>Ulrich Pitkamin Vorsitzender der Geschäftsführung Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG Binger Straße 173 55216 Ingelheim Tel.: 06132 / 772266 Fax: 06132 / 775734 E-Mail: PITKAMIN@ing. boehringer-ingelheim.com</p> | <p>Reimer Wittenberg</p> |
| <p>Verband Druck und Medien Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852275 Fax: 06321 / 852221 E-Mail: verband@druckrps.de Internet: www.druckrps.de</p> | <p>Bernd Sontag Adolf Sontag Druck & Papier- verarbeitung GmbH & Co. KG Ingelheimer Straße 7 55268 Nieder-Olm Postfach 12 61 55265 Nieder-Olm Tel.: 06136 / 7650 Fax: 06136 / 76544 E-Mail: bernd@sontag.biz Internet: www.sontag.biz</p> | <p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p> |
| <p>Arbeitgeberverband Energie Südwest e.V. Hindenburgstraße 32 55118 Mainz Postfach 11 52 55001 Mainz Tel.: 06131 / 55750 Fax: 06131 / 557539 E-Mail: dirk.hannowsky@lvu.de</p> | <p>Dr. Werner Hitschler Mitglied des Vorstandes Pfalzwerke Aktiengesellschaft Kurfürstenstraße 29 67061 Ludwigshafen Postfach 21 72 46 67072 Ludwigshafen Tel.: 0621 / 5852100 Fax: 0621 / 5852212 E-mail: werner_hitschler@pfalzwerke.de Internet: www.pfalzwerke.de</p> | <p>Dr. Dirk Hannowsky</p> |

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|--|--|---|
| <p>Verband der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie Rheinland-Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852-233 u. 223 Fax: 06321 / 88955 E-Mail: info@ho-ku.de Internet: www.ho-ku.de</p> | <p>Axel Schramm Geschäftsführer Schramm Werkstätten GmbH Industriepark Langmeil 67722 Winnweiler Tel.: 06302 / 92360 Fax: 06302 / 923699 E-Mail: axel.schramm@schramm-werkstaetten.de</p> | <p>Rechtsanwalt Gerhard Koch</p> |
| <p>Verband der Metall- und Elektroindustrie Rheinland-Rheinessen e.V. Ferdinand-Sauerbruch-Straße 9 56073 Koblenz Postfach 30 08 03 56029 Koblenz Tel.: 0261 / 404060 Fax: 0261 / 4040626 E-Mail: vem@vem.de Internet: www.vem.de</p> | <p>Dipl.-Ing. Günther Clos CEO der Division Componenets der Deloro Stellite Group Zur Bergpflege 53 56070 Koblenz Tel.: 0261 / 808820 Fax: 0261 / 808823 E-Mail: gclos@deloro.de Internet: www.deloro.de</p> | <p>Assessor Franz-Josef Mäckler</p> |
| <p>PFALZMETALL Verband der Pfälzischen Metall- und Elektroindustrie e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852225 Fax: 06321 / 852265 E-Mail: infos@pfalzmetall.de Internet: www.pfalzmetall.de</p> | <p>Dr. Eduard Kulenkamp Gebr. Pfeiffer AG Barbarossastraße 50-54 67655 Kaiserslautern Postfach 30 80 67618 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 4161104 Fax: 0631 / 4161103</p> | <p>Rechtsanwalt Werner Simon</p> |
| <p>Arbeitgeberverband Ernährung Genuß Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland e.V. Sonnenberger Straße 46 65193 Wiesbaden Tel.: 0611 / 238690 Fax: 0611 / 2386920 E-Mail: vav@agv-ernaehrung.de Internet: www.agv-ernaehrung.de</p> | <p>Hinrich Wulff Geschäftsführer Milupa GmbH Bahnstraße 14-30 61381 Friedrichsdorf/Ts.</p> | <p>Rechtsanwalt Axel Jürging</p> |

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|---|--|---|
| <p>Verband Papierindustrie Rheinland-Pfalz e.V. – PRP – Friedrich-Ebert-Straße 11–13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852228 Fax: 06321 / 852272 E-Mail: Martina.Bohl- Hafenstein@ivn.de</p> | <p>Dr. Benno Hundgebur Geschäftsführer WEPA Papierfabrik Mainz GmbH & Co. KG Gassnerallee 45–47 55120 Mainz Tel.: 06131 / 9724-0 Fax: 06131 / 9723-267 Internet: www.wepa.de</p> | <p>Rechtsanwalt Stephan Meißner</p> |
| <p>Verband der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11–13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852221 E-Mail: info@verband-papier- verarbeitung.de Internet: www.verband-papier- verarbeitung.de</p> | <p>Ralf Lenhardt Geschäftsführer CP Schmidt Verpackungs-Werk GmbH & Co. KG Merkurstraße 22–26 67663 Kaiserslautern Postfach 14 20 67603 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 3537157 Fax: 0631 / 3537100</p> | <p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p> |
| <p>Industrieverband Schmuck und Metallwaren Idar-Oberstein e.V. Mainzer Straße 34 55743 Idar-Oberstein Postfach 12 22 20 55714 Idar-Oberstein Tel.: 06781 / 944250 Fax: 06781 / 944266 E-Mail: info@iv-schmuck-metall.de Internet: www.iv-schmuck-metall.de</p> | <p>Achim Haupt Geschäftsführer Julius Haupt GmbH Albert-Einstein-Straße 7 55743 Idar-Oberstein Postfach 01 14 45 55704 Idar-Oberstein Tel.: 06781 / 94810 Fax: 06781 / 948118 E-Mail: email@juhaupt.de Internet: www.juhaupt.de</p> | <p>Rechtsanwalt Jörg Lindemann</p> |

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|--|--|---|
| <p>Rheinischer Unternehmerverband Steine und Erden e.V. Engerser Landstraße 44 56564 Neuwied Postfach 22 41 56512 Neuwied Tel.: 02631 / 39590 Fax: 02631 / 28810 e-mail: woerner@ruv-ste.de</p> | <p>Hermann-Josef Görges Geschäftsführung Raab-Group (Sprecher) Joseph Raab GmbH & Cie. KG Gladbacher Feld 5 56566 Neuwied Postfach 22 61 56512 Neuwied Tel.: 02631 / 913108 Fax: 02631 / 913162</p> | <p>Assessor Ludwig Wörner</p> |
| <p>Verband der Schuhindustrie in Rheinland-Pfalz e.V. Exerzierplatzstraße 3 66953 Pirmasens Postfach 28 24 66934 Pirmasens Tel.: 06331 / 13056 Fax: 06331 / 91366 e-mail: vds-ps@t-online.de Internet: www.schuhindustrie.de</p> | <p>Dipl.-Ing. Hans Jürg Keller Geschäftsführer Peter Kaiser GmbH Schuhfabrik Lemberger Straße 46 66955 Pirmasens Postfach 20 64 66928 Pirmasens Tel.: 06331 / 7160 Fax: 06331 / 716196</p> | <p>Rechtsanwalt Dr. Peter Neumann</p> |
| <p>Verband der Textil- und Bekleidungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11–13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852221 e-mail: info@verband-textil-bekleidung.de Internet: www.verband-textil-bekleidung.de</p> | <p>Ernst-Albert Holzapfel Geschäftsführer Der moderne Sportbedarf GmbH Berliner Straße 5 37269 Eschwege Tel.: 05651 / 3353103 Fax: 05651 / 3353123 E-Mail: e.a.holzapfel@dms-reitsport.de</p> | <p>Rechtsanwalt Thomas Gans</p> |
| <p>Industrieverbände Neustadt an der Weinstraße e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11–13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852265 e-mail: infos@ivn.de Internet: www.ivn.de</p> | <p>Dr. Eduard Kulenkamp Gebr. Pfeiffer AG Barbarossastraße 50–54 67655 Kaiserslautern Postfach 30 80 67618 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 4161104 Fax: 0631 / 4161103</p> | <p>Rechtsanwalt Werner Simon</p> |

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|---|--|--|
| <p>Fachverband Ziegelindustrie Südwest e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11–13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852290 E-Mail: vse@verband-steine-erden.de</p> | <p>Matthias Rimmele Ziegelwerk G. Rimmele KG Riedlinger Straße 49 89584 Ehingen Tel.: 07391 / 50080 Fax: 07391 / 500833 E-Mail: info@rimmele.de Internet: www.rimmele.de</p> | <p>Rechtsanwalt Heinrich Klotz</p> |
| <p>Vereinigung der Arbeitgeberverbände Verkehrsgewerbe Rheinland-Pfalz e.V. (VAV) Moselring 11 56073 Koblenz Postfach 20 14 31 56014 Koblenz Tel.: 0261 / 494330 Fax: 0261 / 494339 E-Mail: hwrichter@vdv-rheinland.de</p> | <p>Dipl.-Kfm. Peter Oedekoven Martin Becker GmbH & Co. KG Kölner Straße 78 57610 Altenkirchen Postfach 11 26 57601 Altenkirchen Tel.: 02681 / 95170 Fax: 02681 / 951730</p> | <p>Hans Wilfried Richter</p> |

Folgende Verbände bilden die VAV:

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|--|--|-------------------------------------|
| <p>Verband des Verkehrsgewerbes Rheinland e.V. Moselring 11 56073 Koblenz Postfach 20 14 31 56014 Koblenz Tel.: 0261 / 494330 Fax: 0261 / 494339 E-Mail: hwrichter@vdv-rheinland.de Internet: www.vdv-rheinland.de</p> | <p>Werner Neukirchen Geschäftsführender Gesellschafter Josef Neukirchen GmbH & Co. KG Wiesenweg 17-19 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler Tel.: 02641 / 949915 Fax: 02641 / 949949</p> | <p>Hans Wilfried Richter</p> |
| <p>Verband des Verkehrsgewerbes Rheinhessen-Pfalz e.V. Lauterstraße 17 67657 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 371610 Fax: 0631 / 3716111 E-Mail: mail@vvrp.com Internet: www.vvrp.com</p> | <p>Henriette Koppenhöfer Geschäftsführerin Spedition Koppenhöfer GmbH Carl-Zeiss-Straße 19 67227 Frankenthal Tel.: 06233 / 7964 Fax: 06233 / 7968 E-Mail: info@spedition-koppenhoefer.de</p> | <p>Rechtsanwalt Heiko Nagel</p> |

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|---|--|--------------------------------|
| Omnibusverband Süd-West e.V./OSW Busverkehr Imfeld Postfach 12 35 66842 Landstuhl Tel.: 06371 / 925914 Fax: 06371 / 925925 | Frank Imfeld Postfach 12 35 66842 Landstuhl Tel.: 06371 / 925914 Fax: 06371 / 925925 E-Mail: osw@imfeld.de | Frank Imfeld |
| Arbeitgeberverband Spedition und Logistik Rheinland-Pfalz e.V. Königsberger Straße 29 60487 Frankfurt /Main Tel.: 069 / 9708110 Fax: 069 / 776356 E-Mail: roell@speditionportal.net | Dietmar Brachat Schotpoort Logistics Wörrstadt GmbH Hinter dem Turm 3 55286 Wörrstadt Tel.: 06732 / 94470 Fax: 06732 / 944744 E-Mail: dietmar.brachat@becker- woerrstadt.de | Rechtsanwalt Thomas A. Röhl |

**Über die Industrieverbände Neustadt an der Weinstraße e.V.
angeschlossenen Verbände**

| Verband | Vorsitzender | Geschäftsführer |
|--|---|--------------------------------|
| Verband Feuerfest Ton- und Klebsandgruben der Pfalz Friedrich-Ebert-Straße 11–13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852290 E-Mail: vse@verband-steine-erden.de | Dipl.-Ing. Walter Steiner Geschäftsführer Eisenberger Klebsandwerke GmbH Bahnhofstraße 16 67304 Eisenberg Postfach 12 20 67299 Eisenberg Tel.: 06351 / 4090 Fax: 06351 / 409170 | Rechtsanwalt Heinrich Klotz |
| Verband der Nahrungsmittel- Industrie für die Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11-13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852221 | Dipl.-Brennm. Mathias Berkel Berkel Unternehmungen GmbH & Co. KG Erbachstraße 18 67065 Ludwigshafen Postfach 15 02 80 67027 Ludwigshafen Tel.: 0621 / 5495911 Fax: 0621 / 5495959 | Rechtsanwalt Thomas Gans |
| Verband der Rheinland-Pfälzischen Säge- und Holzindustrie e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11–13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 852-220 Fax: 06321 / 88955 E-Mail: info@ho-ku.de | Heinz Hermes M. Hermes Holz GmbH Postfach 11 54589 Stadtkyll Tel.: 06597 / 95300 Fax: 06597 / 953030 E-Mail: hermes-holz@t-online.de | Rechtsanwalt Gerhard Koch |
| Verband der Transportbeton- und Mörtelindustrie Hessen - Rheinland-Pfalz e.V. Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13 67433 Neustadt /Weinstr. Postfach 10 10 62 67410 Neustadt /Weinstr. Tel.: 06321 / 8520 Fax: 06321 / 852290 E-Mail: vse@verband-steine-erden.de | Michael Gieding Geschäftsführer Heidelberger Beton GmbH Berliner Straße 10 69120 Heidelberg Tel.: 06221 / 4819625 Fax: 06221 / 481119625 E-Mail: dorothea.todt@heidelbeton.de Internet: www.heidelberger-beton.de | Rechtsanwalt Heinrich Klotz |

Verband

Industrieverband
Steine und Erden e.V. (VSE)
Neustadt/Weinstraße
Friedrich-Ebert-Straße 11–13
67433 Neustadt /Weinstr.
Postfach 10 10 62
67410 Neustadt /Weinstr.
Tel.: 06321 / 8520
Fax: 06321 / 852290
E-Mail: vse@verband-steine-erden.de
Internet: www.verband-steine-erden.de

Vorsitzender

Dr. Thomas Grieshaber
Gebr. Grieshaber GmbH & Co. KG
Unteres Rheinufer 39
67061 Ludwigshafen
Postfach 21 05 69
67005 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 590060
Fax: 0621 / 5900658
E-Mail: t.grieshaber@gebr.grieshaber.de

Geschäftsführer

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Fachabteilungen VSE:

Kies und Sand
Hessen – Rheinland-Pfalz

Rudolf Sehring
Sehring Sand & Kies GmbH & Co. KG
Postfach 16 27
63206 Langen
Tel.: 069 / 697010
Fax: 069 / 693450
E-Mail: Htieber@sehring.de

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Naturstein

Willi Kuhn
Gebr. Kuhn Baustoffhandelsgesellschaft
GmbH
Im Kieswerk
76777 Neupotz
Tel.: 07272 / 92890
Fax: 07272 / 929840
E-Mail: Gebr.Kuhn.GmbH@t-online.de

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Naturwerkstein

Dipl.-Ing. Christine Müller-Hofstätter
Naturesandsteinwerk Konrad Müller GmbH
Eselsfürth 2
67657 Kaiserslautern
Tel.: 0631 / 40105
Fax: 0631 / 44922
E-Mail: konrad-mueller-gmbh@t-online.de

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Recycling-Baustoffe
Hessen – Rheinland-Pfalz

Gerhard Keil
Karl Brück Hoch- und Tiefbau
GmbH & Co. KG
Wasserstraße 76
35447 Reiskirchen
Tel.: 06408 / 95440
Fax: 06408 / 64111

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Lava

Karl Rheinard
H. W. Schmitz Lava GmbH & Co. KG
Rennweg 64–66
56626 Andernach
Tel.: 02632 / 92730
Fax: 02632 / 48806

Rechtsanwalt
Heinrich Klotz

Einzelmitglieder

Coface
Kreditversicherung AG
Isaac-Fulda-Allee 1
55124 Mainz
Postfach 12 09
55002 Mainz
Tel.: 06131 / 3230
Fax: 06131 / 372766
E-Mail: christina.ammon@coface.de
Internet: www.coface.de

TWE Dierdorf GmbH & Co. KG
Poststraße 29
56269 Dierdorf
Postfach 12 51
56264 Dierdorf
Tel.: 02689 / 920
Fax: 02689 / 926110
E-Mail: info@twedierdorf.de
Internet: www.vliesstoffe-dierdorf.de

LOHMANN GmbH & Co. KG
Irlicher Straße 55
56567 Neuwied
Postfach 14 54
56504 Neuwied
Tel.: 02631 / 346881
Fax: 02631 / 346697
E-Mail: info@lohmann-gruppe.de
Internet: www.lohmann-gruppe.de

Schott AG
Hattenbergstraße 10
55122 Mainz
Postfach 24 80
55014 Mainz
Tel.: 06131 / 660
Fax: 06131 / 662000
Internet: www.schott.com

LTS Lohmann
Therapie-Systeme AG
Lohmannstraße 2
56626 Andernach
Postfach 15 25
56605 Andernach
Tel.: 02632 / 990
Fax: 02632 / 992200
E-Mail: ltsgroup@ltslohmann.de
Internet: www.ltslohmann.com

Schott Music
GmbH & Co. KG
Weihergarten 5
55116 Mainz
Postfach 36 40
55026 Mainz
Tel.: 06131 / 2460
Fax: 06131 / 246211
E-Mail: info@schott-music.com
Internet: www.schott-music.com

Lohmann & Rauscher GmbH & Co. KG
Irlicher Straße 55
56567 Neuwied
Postfach 23 43
56513 Neuwied
Tel.: 02634 / 990
Fax: 02634 / 996467
E-Mail: info@de.LRmed.com
Internet: www.lohmann-rauscher.com

Rechnungsprüfer

Rudolf Bödige

Alleinvertretender Geschäftsführer
mzm Medienzentrum Mainz
Rudolf Bödige GmbH
Rilkeallee 52

55127 Mainz

Tel: 06131 / 932978

Fax: 06131 / 932979

E-Mail: r.boedige@mzm-mainz.de

Dr. Dieter Mannheim

Persönlich haftender Gesellschafter
Kärlicher Ton- und Schamottwerke
Mannheim & Co. KG (KTS)
Burghof, Burgstraße 9

56218 Mülheim-Kärlich

Tel.: 02630 / 94410

Fax: 02630 / 944110

E-Mail: dr.mannheim@kts-kg.de

Internet: www.kts-kg.de

Ausschuss für Energiefragen

Michael Zypra

Heidelberger Zement AG
Werk Mainz-Weisenau
Postfach 26 11 64
55057 Mainz

Markus Mann

Geschäftsführer
Emil Mann GmbH & Co. KG
Internationale Fachspedition
Schulweg 8 - 14
57520 Langenbach

Peter Leifgen

Dyckerhoff AG
Werk Neuwied
Postfach 14 43
56504 Neuwied

Dr. Klaus Werth

Elektrizitätswerk
Rheinhessen AG
Lutherring 5
67547 Worms

Geschäftsführung:

Klaus Falkus

© 2007

Herausgegeben von der Landesvereinigung
Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
Hindenburgstraße 32, 55118 Mainz
Postfach 2966, 55019 Mainz
Tel.: (06131) 5575-0
Fax: (06131) 557539
Internet: www.lvu.de
E-Mail: contact@lvu.de

